

Beteiligtentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 6/6956)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 23. März 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreu- ungsgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 19. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2696) stellt der Bund den Ländern bis zum Jahr 2022 rund 5,5 Milliarden Euro für den frühkindlichen Bereich zur Verfügung. Auf Thüringen entfallen voraussichtlich 137,8 Millionen Euro. Gefördert werden hierdurch sowohl Qualitätsverbesserungsmaßnahmen als auch die Beseitigung von Zugangshürden für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. Gemeinsam mit dem Bund will auch das Land in weitere Qualitätsverbesserungsmaßnahmen im frühkindlichen Bereich investieren.

B. Lösung

Zur Umsetzung qualitätsverbessernder Maßnahmen wird das Land über eine Änderung der gesetzlichen Regelungen sowohl den Betreuungsschlüssel als auch den Personalschlüssel weiter erhöhen. Um den Zugang für alle Kinder zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung zu verbessern, wird ein weiteres Betreuungsjahr elternbeitragsfrei gestellt.

C. Alternativen

Beibehaltung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes in der bisher geltenden Fassung. Dies würde jedoch eine Qualitätsverbesserung im Personalbereich und ein weiteres beitragsfreies Betreuungsjahr nicht erlauben.

D. Kosten

1. Für das Land

Mit der Änderung entstehen voraussichtlich zusätzliche Kosten im Umfang von insgesamt etwa 62 bis 63 Millionen Euro jährlich. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

- a) Die vorgesehenen Regelungen zur Einführung eines weiteren beitragsfreien Betreuungsjahres für die Inanspruchnahme einer öffentlichen geförderten Kindertagesbetreuung führen wegen des vorzunehmenden Ausgleichs der hiermit verbundenen kommunalen

Mindereinnahmen zu voraussichtlichen Mehrkosten des Landes in Höhe von ungefähr 30 Millionen Euro jährlich im Vergleich zum Vollzug des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes in der bisher geltenden Fassung.

Für die Erstellung einer Kostenprognose wurden die bisherigen Erfahrungswerte aus dem beitragsfreien Besuchsjahr im letzten Jahr vor Schuleintritt zugrunde gelegt.

- b) Durch die Einführung einer zusätzlichen Landespauschale nach § 25 Abs. 1 Nr. 5 entstehen dem Land weitere zusätzliche Kosten in Höhe von voraussichtlich etwa 32 bis 33 Millionen Euro jährlich. Diese zusätzlichen Ausgaben sind erforderlich, um den Kommunen einen Ausgleich für den Anstieg der Kosten zu gewähren, der diesen dadurch entsteht, dass in § 16 Abs. 2 und 3 des Entwurfs sowohl der Betreuungsschlüssel als auch der Mindestpersonalschlüssel verbessert wurde.
- c) Darüber hinaus entstehen dem Land mit der weiteren Gebührenfreistellung und einer neuen Landespauschale zusätzliche jährliche Verwaltungskosten in Höhe von rund 75.000 Euro. Diese beruhen auf dem geplanten Vollzug der Regelung auf der Basis von circa 530 zusätzlichen und zu verbescheidenden Erstattungsfällen für das letzte Besuchsjahr vor Schuleintritt sowie circa 700 zusätzlichen und zu verbescheidenden Zahlungsfällen aus der neu zu schaffenden Landespauschale. Hinzukommen noch Zusatzkosten bezüglich der Datenerhebung und -verarbeitung durch das Landesamt für Statistik als Grundlage für die Erfassung nach § 30 Abs. 4 und Berechnung und Auszahlung der neu geregelten zusätzlichen Landespauschale nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, der Kosten für die erforderliche Anpassung der Informationstechnologie bezüglich der Auszahlung derselben sowie der Anpassungsbedarfe des Datenbanksystems im Betriebserlaubnisverfahren. Die hiermit zusammenhängenden Sachkosten wären mit rund 30.000 Euro zu beziffern.

2. Für die Kommunen:

Durch die Einführung eines beitragsfreien Betreuungsjahres für die Inanspruchnahme einer öffentlichen geförderten Kindertagesbetreuung kommt es zu voraussichtlichen Mindereinnahmen der Kommunen in Höhe von ungefähr 30 Millionen Euro jährlich. Der Ausgleich dieser Mindereinnahmen erfolgt über eine Anpassung der gesetzlich schon vorhandenen Zuschussregelung. Hierüber werden die Gebühren- oder Entgeltmindereinnahmen kalenderjährlich und einrichtungsbezogen erfasst und vom Land erstattet.

Die hiermit verbundene Datenerhebung stellt einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Kommunen dar. Allerdings relativieren sich die dadurch verursachten Kosten, da zum einen bezüglich der Kinderzahl auf den Stichtag 1. März zurückgegriffen wird und diese Zahlen bereits im Rahmen der Berichtspflichten nach § 98 Abs. 1 und § 99 Abs. 7 des Achten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VIII) erfasst werden. Zum anderen fallen aufgrund der Beitragsfreistellung Verwaltungskosten weg, die in diesem Zeitraum bisher im Zusammenhang mit der Erhebung der Elternbeiträge entstehen. Insoweit ist davon auszugehen, dass die Mehraufwendungen auf der einen Seite durch Minderausgaben auf der anderen Seite ausgeglichen werden.

3. Für die Bürger:

Mit der Einführung eines weiteren beitragsfreien Betreuungsjahres für die Inanspruchnahme einer öffentlichen geförderten Kindertagesbetreuung ergeben sich voraussichtlich für die Bürger Entlastungen in Höhe von ungefähr 30 Millionen Euro jährlich.

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetz vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 276) wird wie folgt geändert:

1. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 5 erhält folgende Fassung:

"5. 14 Kinder im Alter zwischen dem vollendeten vierten und vor Vollendung des fünften Lebensjahres,"

bb) Nach Nummer 5 wird folgende neue Nummer 6 eingefügt:

"6. 16 Kinder im Alter nach dem vollendeten fünften Lebensjahres bis zur Einschulung oder"

cc) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 7.

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Der zur Wahrung des Kindeswohls bei der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung erforderliche Beschäftigungsumfang der pädagogischen Fachkräfte ergibt sich bei Verwendung eines Personalschlüssels von

- a) 0,36 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 1,
- b) 0,24 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 2,
- c) 0,18 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 3,
- d) 0,12 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 4,
- e) 0,103 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 5 und
- f) 0,09 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 6.

Der Personalschlüssel nach Satz 1 beruht auf den Anforderungen von Absatz 2, berücksichtigt die fachliche Arbeit außerhalb der Gruppen sowie die möglichen Ausfallzeiten durch Urlaub oder Krankheit und bezieht sich auf eine tägliche Betreuungszeit im Umfang von neun Stunden. Der Personalschlüssel für Kinder nach Absatz 2 Nr. 7 beträgt ausgehend von einer Betreuung im Umfang von vier Stunden 0,032 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind. Bei einer geringeren oder höheren vereinbarten täglichen Betreuungszeit eines Kindes ist der für die Betreuung dieses Kindes geltende Personalschlüssel entsprechend anzupassen."

2. § 25 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 4 wird der Punkt nach dem Wort "monatlich" durch das Wort "und" ersetzt.
- b) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

"5. für jedes Kind zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr und vor Vollendung des 78. Lebensmonats eine zusätzliche Landespauschale in Höhe von 40 Euro monatlich."

3. In § 27 Abs. 2 wird die Verweisung "§ 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4" durch die Verweisung "§ 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 5" ersetzt.

4. § 30 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Für die Betreuung eines Kindes in einer Kindertageseinrichtung darf im Zeitraum der letzten 24 Monate vor Schuleintritt (erster Schultag der Schulanfänger) kein Elternbeitrag geltend gemacht werden (Elternbeitragsfreiheit). Für die Elternbeitragsfreiheit gelten die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 Satz 1, § 21 Abs. 2 entsprechend. Wird ein Kind nach § 18 Abs. 3 ThürSchulG zurückgestellt, darf bis zu seinem ersten Schultag kein Elternbeitrag geltend gemacht werden. Bei Trägern nach § 6 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 hat die Gemeinde im Rahmen des Einvernehmens nach § 29 Abs. 1 Satz 3 sowie dem Vertrag nach § 3 Abs. 3 Satz 2 sicherzustellen, dass die Träger die Elternbeitragsfreiheit nach Satz 1 berücksichtigen."

- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach dem Wort "das" die Worte "fünfte und" eingefügt.

bb) In Satz 1 wird das Wort "zwölf" durch die Angabe "24" ersetzt.

5. Dem § 35 wird folgender Absatz 14 angefügt:

"(14) Wird ein Kind nach § 18 Abs. 2 ThürSchulG im Schuljahr 2020/2021 vorzeitig in die Schule aufgenommen, haben die Gemeinden den Eltern auf Antrag den Elternbeitrag zu erstatten, den diese für das Kind im Kindergartenjahr 2019/2020 gezahlt haben. Der Antrag kann frühestens am 1. März 2021 gestellt werden."

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. August 2020 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nr. 4 Buschst. b tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Die Novellierung dient der Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 19. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2696) in Thüringen. Dabei soll eine weitere Absenkung von Zugangshürden für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung durch Einführung eines zweiten beitragsfreien Kita-Besuchsjahres mit Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten verknüpft werden.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel 1:**

Zu Nummer 1 (§ 16):

Zu Buchstabe a:

Zu den Doppelbuchstaben aa und bb:

Mit der Änderung wird der Betreuungsschlüssel für die Kinder zwischen dem vollendeten vierten und vor Vollendung des fünften Lebensjahres von bisher 1:16 auf 1:14 verbessert. Das heißt, eine Fachkraft ist nunmehr für 14 Kinder und nicht mehr für 16 Kinder in dieser Altersgruppe zuständig. Im Übrigen handelt es sich um Folgeänderungen.

Zu Buchstabe b:

Bei der Herleitung des Personalschlüssels wurde bislang für die fachliche Arbeit außerhalb der Gruppen und für Ausfallzeiten ein Anteil in Höhe von 25 vom Hundert berücksichtigt. Dieser Anteil wird um 3 vom Hundert auf nunmehr 28 vom Hundert angehoben. Hierüber soll gewährleistet werden, dass der in Absatz 2 gesetzlich festgelegte Betreuungsschlüssel auch tatsächlich eingehalten werden kann. Soweit Ausfallzeiten wie beispielsweise Krankheit oder Fortbildung im Rahmen der Personalbedarfsplanung nicht oder nur ungenügend berücksichtigt würden, könnte das in Absatz 2 gesetzlich festgelegte Betreuungsverhältnis (Fachkraft-Kind-Schlüssel) hingegen nicht eingehalten werden.

Zu Nummer 2 (§ 25):

Die Nummer 5 wird neu eingefügt, um die höheren Ausgabebedarfe auszugleichen, welche den Gemeinden mit den Verbesserungen im Betreuungs- und Personalschlüssel entstehen.

Zu Nummer 3 (§ 27):

Die Änderung in der Verweisung ist erforderlich, um den Zuschussbedarf nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 ermitteln zu können.

Zu Nummer 4 (§ 30):

Absatz 1 Satz 1 untersagt den Trägern, für die Betreuung eines Kindes in den letzten 24 Monaten vor Schuleintritt einen Elternbeitrag zu erheben. Damit soll erreicht werden, dass alle Kinder in den beiden letzten Jahren vor dem Schuleintritt eine Kindertageseinrichtung besuchen und so ein annähernd gleiches Bildungs- und Kompetenzniveau errei-

chen. Dies dient der Chancengleichheit auf dem weiteren Bildungsweg der Kinder. In Satz 2 wird über die Verweise auf § 2 Abs. 1 Satz 1 und § 21 Abs. 2 deutlich, dass die Beitragsfreiheit nur für die Kinder Geltung beansprucht, welche ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Thüringen haben, eine Thüringer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege in Anspruch nehmen und dass das Betreuungsangebot (die Plätze in der Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflegplatz) im Bedarfsplan des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe enthalten ist. Satz 3 enthält eine weitergehende Bestimmung bezüglich des Zeitraums einer Beitragsbefreiung. Der Freistellungszeitraum endet nämlich auch hier mit dem jeweiligen individuellen Schuleintritt des Kindes, was durch das Wort "seinem" zum Ausdruck kommt. Praktisch bedeutet dies, dass diese Kinder aufgrund der Altersregelung in § 18 Abs. 1 ThürSchulG ihr letztes beitragsfreies Kita-Jahr zunächst als "Regelfall" beginnen (noch ohne das Wissen, dass sie zurückgestellt werden). Erst im Laufe des begonnenen letzten beitragsfreien Kita-Jahres vor Schuleintritt erfolgt dann die Rückstellung nach § 18 Abs. 3 ThürSchulG. Ab diesem Rückstellungszeitpunkt gilt beziehungsweise verlängert sich die Beitragsfreiheit dann bis zum ersten Schultag des vom Schulbesuch zurückgestellten Kindes. Im Ergebnis haben die Kinder, welche nach § 18 Abs. 3 ThürSchulG vom Schulbesuch zurückgestellt werden, einen Anspruch auf drei beitragsfreie Kindergartenjahre bis zum Beginn der Schule.

Absatz 4 wird hinsichtlich der Meldungen zum Ausgleich der Mindereinnahmen der Kommunen gegenüber der bisher geltenden Regelung um die Kinderzahl erweitert, welche zum 1. August des Folgejahres das fünfte Lebensjahr vollenden, so dass nunmehr vierundzwanzig Monate als Berechnungsgrundlage für die Erstattung der kommunalen Mindereinnahmen einfließen. Im Übrigen werden die bisherigen Regelungen beibehalten.

Zu Nummer 5 (§ 35):

Aufgrund der Regelungen in § 30 Abs. 1 werden die letzten 24 Monate vor Schuleintritt von einer Elternbeitragspflicht befreit. Insoweit werden hierüber auch die Kinder erfasst, welche nach § 18 Abs. 2 ThürSchulG vorzeitig in die Schule aufgenommen werden, so dass es in § 30 Abs. 1 keiner weitergehenden Regelung für diese Fallgruppe mehr bedarf. Allerdings würden dann die Kinder, welche im Schuljahr 2020/2021 vorzeitig in die Schule aufgenommen werden, dahin gehend benachteiligt, als dass die Eltern für das Kindergartenjahr 2019/2020 dann keine Erstattungsleistungen von Elternbeiträgen für das letzte Besuchsjahr vor Schuleintritt mehr beantragen könnten. Die Regelung in Absatz 14 vermeidet dies.

Zu Artikel 2:

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blechschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Becker

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Rothe-Beinlich

Gesetzentwurf

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 19. Dezember 2019 (BGBl. S. 2696) stellt der Bund den Ländern bis zum Jahr 2022 rund 5,5 Mrd. EUR für den frühkindlichen Bereich zur Verfügung. Auf Thüringen entfallen voraussichtlich 137,8 Mio. EUR. Gefördert werden hierdurch sowohl Qualitätsverbesserungsmaßnahmen als auch die Beseitigung von Zugangshürden für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. Gemeinsam mit dem Bund will auch das Land in weitere Qualitätsverbesserungsmaßnahmen im frühkindlichen Bereich investieren.

B. Lösung

Zur Umsetzung qualitätsverbessernder Maßnahmen wird das Land über eine Änderung der gesetzlichen Regelungen sowohl den Betreuungsschlüssel als auch den Personalschlüssel weiter erhöhen. Um den Zugang für alle Kinder zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung zu verbessern wird ein weiteres Betreuungsjahr elternbeitragsfrei gestellt.

C. Alternativen

Beibehaltung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes in der bisher geltenden Fassung. Dies würde jedoch eine Qualitätsverbesserung im Personalbereich und ein weiteres beitragsfreies Betreuungsjahr nicht erlauben.

D. Kosten

1. Für das Land

Mit der Änderung entstehen voraussichtlich zusätzliche Kosten im Umfang von insgesamt etwa 62 bis 63 Millionen Euro jährlich. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

a) Die vorgesehenen Regelungen zur Einführung eines weiteren beitragsfreien Betreuungsjahres für die Inanspruchnahme einer öffentlichen geförderten Kindertagesbetreuung führen wegen des vorzunehmenden Ausgleichs der hiermit verbundenen kommunalen Mindereinnahmen zu voraussichtlichen Mehrkosten des Landes in Höhe von ungefähr 30 Millionen Euro jährlich im Vergleich zum Vollzug des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes in der bisher geltenden Fassung.

Für die Erstellung einer Kostenprognose wurden die bisherigen Erfahrungswerte aus dem beitragsfreien Besuchsjahr im letzten Jahr vor Schuleintritt zugrunde gelegt.

b) Durch die Einführung einer zusätzlichen Landespauschale nach § 25 Abs. 1 Nr. 5 entstehen dem Land weitere zusätzliche Kosten in Höhe von voraussichtlich etwa 32 bis 33 Millionen Euro jährlich. Diese zusätzlichen Ausgaben sind erforderlich, um den Kommunen einen Ausgleich für den Anstieg der Kosten zu gewähren, der diesen dadurch entsteht, dass in § 16 Abs. 2 und 3 des Entwurfs sowohl der Betreuungsschlüssel als auch der Mindestpersonalschlüssel verbessert wurde.

c) Darüber hinaus entstehen dem Land mit der weiteren Gebührenfreistellung und einer neuen Landespauschale zusätzliche jährliche Verwaltungskosten in Höhe von rund 75 000 Euro. Diese beruhen auf dem geplanten Vollzug der Regelung auf der Basis von ca. 530 zusätzlichen und zu verabscheidenden Erstattungsfällen für das letzte Besuchsjahr vor Schuleintritt sowie ca. 700 zusätzliche und zu verabscheidende Zahlungsfälle aus der neu zu schaffenden Landespauschale. Hinzu kommen noch Zusatzkosten bezüglich der Datenerhebung und -verarbeitung durch das Landesamt für Statistik als Grundlage für die Erfassung nach § 30 Abs. 4 und Berechnung und Auszahlung der neu geregelten zusätzlichen Landespauschale nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, der Kosten für die erforderliche Anpassung der Informationstechnologie bezüglich der Auszahlung derselben sowie der Anpassungsbedarfe des Datenbanksystems im Betriebserlaubnisverfahren. Die hiermit zusammenhängenden Sachkosten wären mit rund 30 TEUR zu beziffern.

2. Für die Kommunen

Durch die Einführung eines beitragsfreien Betreuungsjahres für die Inanspruchnahme einer öffentlichen geförderten Kindertagesbetreuung kommt es zu voraussichtlichen Mindereinnahmen der Kommunen in Höhe von ungefähr 30 Millionen Euro jährlich. Der Ausgleich dieser Mindereinnahmen erfolgt über eine Anpassung der gesetzlich schon vorhandenen Zuschussregelung. Hierüber werden die Gebühren- oder Entgeltmindereinnahmen kalenderjährlich und einrichtungsbezogen erfasst und vom Land erstattet.

Die hiermit verbundene Datenerhebung stellt einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Kommunen dar. Allerdings relativieren sich die dadurch verursachten Kosten, da zum einen bezüglich der Kinderzahl auf den Stichtag 1. März zurückgegriffen wird und diese Zahlen bereits im Rahmen der Berichtspflichten nach § 98 Abs. 1 und § 99 Abs. 7 SGB VIII erfasst werden. Zum anderen fallen aufgrund der Beitragsfreistellung Verwaltungskosten weg, die in diesem Zeitraum

bisher im Zusammenhang mit der Erhebung der Elternbeiträge entstehen. Insoweit ist davon auszugehen, dass die Mehraufwendungen auf der einen Seite durch Minderausgaben auf der anderen Seite ausgeglichen werden.

3. Für die Bürger

Mit der Einführung eines weiteren beitragsfreien Betreuungsjahres für die Inanspruchnahme einer öffentlichen geförderten Kindertagesbetreuung ergeben sich voraussichtlich für die Bürger Entlastungen in Höhe von ungefähr 30 Millionen Euro jährlich.

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege als Ausführungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch (Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetz -ThürKitaG -)

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

I.

Das Gesetz über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege als Ausführungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch (Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetz -ThürKitaG-) vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 276), wird wie folgt geändert:

1. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„14 Kinder im Alter zwischen dem vollendeten vierten und vor Vollendung des fünften Lebensjahres,“

bb) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„16 Kinder im Alter nach dem vollendeten fünften Lebensjahres bis zur Einschulung oder“

cc) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 7.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Der zur Wahrung des Kindeswohls bei der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung erforderliche Beschäftigungsumfang der pädagogischen Fachkräfte ergibt sich bei Verwendung eines Personalschlüssels von

a) 0,36 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 1,

b) 0,24 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 2,

c) 0,18 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 3,

d) 0,12 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 4,

e) 0,103 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 5 und

f) 0,09 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 6.

Der Personalschlüssel nach Satz 1 beruht auf den Anforderungen von Absatz 2, berücksichtigt die fachliche Arbeit außerhalb der Gruppen sowie die möglichen Ausfallzeiten durch Urlaub oder Krankheit und bezieht sich auf eine tägliche Betreuungszeit im Umfang von neun Stunden. Der Personalschlüssel für Kinder nach Absatz 2 Nr. 7 beträgt ausgehend von einer Betreuung im Umfang von vier Stunden 0,032 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind. Bei einer geringeren oder höheren vereinbarten täglichen

Betreuungszeit eines Kindes ist der für die Betreuung dieses Kindes geltende Personalschlüssel entsprechend anzupassen."

2. In § 25 Absatz 1 Satz 1 wird in der Nummer 4 nach dem Wort „monatlich“ der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt sowie folgende Nummer 5 angefügt:

„5. für jedes Kind zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr und vor Vollendung des 78. Lebensmonats eine zusätzliche Landespauschale in Höhe von 40 Euro monatlich.“

3. In § 27 Absatz 2 wird die Verweisung „§ 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4“ durch die Verweisung „§ 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 5“ ersetzt.

4. § 30 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Für die Betreuung eines Kindes in einer Kindertageseinrichtung darf im Zeitraum der letzten vierundzwanzig Monate vor Schuleintritt (erster Schultag der Schulanfänger) kein Elternbeitrag geltend gemacht werden (Elternbeitragsfreiheit). Für die Elternbeitragsfreiheit gelten die Voraussetzungen der §§ 2 Abs. 1 Satz 1, 21 Abs. 2 entsprechend. Wird ein Kind nach § 18 Abs. 3 ThürSchulG zurückgestellt, darf bis zu seinem ersten Schultag kein Elternbeitrag geltend gemacht werden. Bei Trägern nach § 6 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 hat die Gemeinde im Rahmen des Einvernehmens nach § 29 Abs. 1 Satz 3 sowie dem Vertrag nach § 3 Abs. 3 Satz 2 sicherzustellen, dass die Träger die Elternbeitragsfreiheit nach Satz 1 berücksichtigen.“

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nummer 1 werden nach dem Wort „das“ die Worte „fünfte und“ eingefügt.

bb) In Satz 1 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „vierundzwanzig“ ersetzt.

5. In § 35 wird nach Absatz 13 folgender Absatz 14 angefügt:

„(14) Wird ein Kind nach § 18 Abs. 2 ThürSchulG im Schuljahr 2020/2021 vorzeitig in die Schule aufgenommen, haben die Gemeinden den Eltern auf Antrag den Elternbeitrag zu erstatten, den diese für das Kind im Kindergartenjahr 2019/2020 gezahlt haben. Der Antrag kann frühestens am 1. März 2021 gestellt werden.“

II.

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2 am 1. August 2020 in Kraft.

(2) § 30 Abs. 4 tritt am 1. Januar 2020 in Kraft

Begründung:

A. Allgemeines

Die Novellierung dient der Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 19. Dezember 2019 (BGBl. S. 2696) in Thüringen. Dabei soll eine weitere Absenkung von Zugangshürden für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung durch Einführung eines zweiten beitragsfreien Kita-Besuchsjahres mit Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten verknüpft werden.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu I.:

Zu Nummer 1 (§ 16):

Zu Buchstabe a:

Zu den Doppelbuchstaben aa und bb:

Mit der Änderung wird der Betreuungsschlüssel für die Kinder zwischen dem vollendeten vierten und vor Vollendung des fünften Lebensjahres von bisher 1:16 auf 1:14 verbessert. Das heißt: Eine Fachkraft ist nunmehr für 14 Kinder und nicht mehr für 16 Kinder in dieser Altersgruppe zuständig. Im Übrigen handelt es sich um Folgeänderungen.

Zu Buchstabe b:

Bei der Herleitung des Personalschlüssels wurde bislang für die fachliche Arbeit außerhalb der Gruppen und für Ausfallzeiten ein Anteil in Höhe von 25 vom Hundert berücksichtigt. Dieser Anteil wird um 3 vom Hundert auf nunmehr 28 vom Hundert angehoben. Hierüber soll gewährleistet werden, dass der in Absatz 2 gesetzlich festgelegte Betreuungsschlüssel auch tatsächlich eingehalten werden kann. Soweit Ausfallzeiten wie beispielsweise Krankheit oder Fortbildung im Rahmen der Personalbedarfsplanung nicht oder nur ungenügend berücksichtigt würden, könnte das in Absatz 2 gesetzlich festgelegte Betreuungsverhältnis (Fachkraft-Kind-Schlüssel) hingegen nicht eingehalten werden.

Zu Nummer 2 (§ 25):

Die Nummer 5 wird neu eingefügt, um die höheren Ausgabebedarfe auszugleichen, welche den Gemeinden mit den Verbesserungen im Betreuungs- und Personalschlüssel entstehen.

Zu Nummer 3 (§ 27):

Die Änderung in der Verweisung ist erforderlich, um den Zuschussbedarf nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 ermitteln zu können.

Zu Nummer 4 (§ 30):

Absatz 1 Satz 1 untersagt den Trägern, für die Betreuung eines Kindes in den letzten 24 Monaten vor Schuleintritt einen Elternbeitrag zu erheben. Damit soll erreicht werden, dass alle Kinder in den beiden letzten Jahren vor dem Schuleintritt eine Kindertageseinrichtung besuchen und so ein annähernd gleiches Bildungs- und Kompetenzniveau erreichen. Dies dient der Chancengleichheit auf dem weiteren Bildungsweg der Kinder. In Satz 2 wird über die Verweise auf die §§ 2 Abs. 1 Satz 1, 21 Abs. 2 deutlich, dass die Beitragsfreiheit nur für die Kinder Geltung beansprucht, welche ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Thüringen haben, eine Thüringer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege in Anspruch nehmen und dass das Betreuungsangebot (die Plätze in der Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflegplatz) im Bedarfsplan des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe enthalten ist. Satz 3 enthält eine weitergehende Bestimmung bezüglich des Zeitraums einer Beitragsbefreiung. Der Freistellungszeitraum endet nämlich auch hier mit dem jeweiligen individuellen Schuleintritt des Kindes, was durch das Wort „seinem“ zum Ausdruck kommt. Praktisch bedeutet dies, dass diese Kinder aufgrund der Altersregelung in § 18 Abs. 1 ThürSchulG ihr letztes beitragsfreies Kita-Jahr zunächst als „Regelfall“ beginnen (noch ohne das Wissen, dass sie zurückgestellt werden). Erst im Laufe des begonnenen letzten beitragsfreien Kita-Jahres vor Schuleintritt erfolgt dann die Rückstellung nach § 18 Abs. 3 ThürSchulG. Ab diesem Rückstellungszeitpunkt gilt bzw. verlängert sich die Beitragsfreiheit dann bis zum ersten Schultag des vom Schulbesuch zurückgestellten Kindes. Im Ergebnis haben die Kinder, welche nach § 18 Abs. 3 ThürSchulG vom Schulbesuch zurückgestellt werden, einen Anspruch auf drei beitragsfreie Kindergartenjahre bis zum Beginn der Schule.

Absatz 4 wird hinsichtlich der Meldungen zum Ausgleich der Mindereinnahmen der Kommunen gegenüber der bisher geltenden Regelung um die Kinderzahl erweitert, welche zum 1. August des Folgejahres das fünfte Lebensjahr vollenden, so dass nunmehr vierundzwanzig Monate als Berechnungsgrundlage für die Erstattung der kommunalen Mindereinnahmen einfließen. Im Übrigen werden die bisherigen Regelungen beibehalten.

Zu Nummer 5 (§ 35):

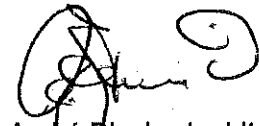
Aufgrund der Regelungen in § 30 Abs. 1 werden die letzten 24 Monate vor Schuleintritt von einer Elternbeitragspflicht befreit. Insoweit werden hierüber auch die Kinder erfasst, welche nach § 18 Abs. 2 ThürSchulG vorzeitig in die Schule aufgenommen werden, so dass es in § 30 Abs. 1 keiner weitergehenden Regelung für diese Fallgruppe mehr bedarf. Allerdings würden dann die Kinder, welche im Schuljahr 2020/2021 vorzeitig in die Schule aufgenom-

men werden, dahingehend benachteiligt, als dass die Eltern für das Kindergartenjahr 2019/2020 dann keine Erstattungsleistungen von Elternbeiträgen für das letzte Besuchsjahr vor Schuleintritt mehr beantragen könnten. Die Regelung in Absatz 14 vermeidet dies.

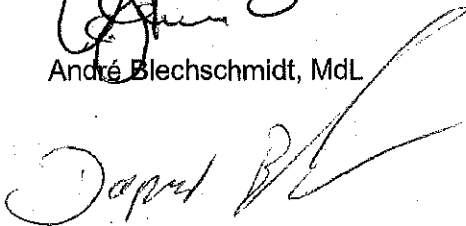
Zu II.

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktionen



André Blechschmidt, MdL



Dagmar Becker, MdL



Astrid Rothe-Beinlich, MdL

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt. Die von den Beteiligten eingereichten Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteildokG) wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteildokG gelöscht.

Beauftragter der Thüringer Landesregierung für Menschen mit Behinderungen

Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge

Landesjugendhilfeausschuss des Freistaates Thüringen

Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge

Die Beauftragte für die Gleichstellung von Mann und Frau beim TMASGFF

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

Landesjugendring Thüringen e.V.

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.

Deutscher Kinderschutzbund LV Thüringen e.V.

ver.di Vereinte Dienstleistungs-Gewerkschaft Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Thüringen

tlv thüringer lehrerverband

Tagesmütter Erfurt e.V.

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

Deutscher Gewerkschaftsbund

Katholisches Büro Erfurt

Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen

Gemeinde- und Städtebund Thüringen

Deutscher Familienverband/Landesverband Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen

TBB Beamtenbund und Tarifunion Thüringen e.V.

Katholisches Büro Erfurt

Der Kinderschutzbund Landesverband Thüringen

Deutscher Gewerkschaftsbund - Bezirk Hessen-Thüringen

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.

Thüringischer Landkreistag e. V.

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen

Deutscher Familienverband Landesverband Thüringen e.V.

Familienbund der Katholiken

tlv thüringer Lehrerverband

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

THÜR. LANDTAG POST
11.06.2019 13:19

1317312019



Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Postfach 90 03 54 · 99106 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**Den Mitgliedern des
AfBJS**



Ihr Ansprechpartner:

Durchwahl:

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes
(Drs. 6/6956)**

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der GO des Thüringer Landtags

Erfurt, 11.06.2019

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrt

der Beauftragte der Thüringer Landesregierung für Menschen mit Behinderungen bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Gesetzentwurf wird vom Beauftragten grundsätzlich begrüßt, da mit ihm insbesondere durch die vorgesehene Verbesserung des Personalschlüssels die Betreuungsqualität für alle Kinder verbessert werden wird.

Andererseits vermisste ich Regelungen in § 8 oder dem neuen § 16 Absatz 3 (Artikel 1 Nr. 1 b) zur Bemessung des Personalschlüssels im Falle der Betreuung von Kindern mit Behinderungen bzw. besonderem Förderbedarf. Es dürfte fachlich Einigkeit darüber bestehen, dass die Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderungen mit einem zusätzlichen Personalaufwand verbunden sein kann, der auch nicht in jedem Falle vollständig über Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch VIII oder XII abgedeckt wird.

Ich schlage an dieser Stelle vor, nach dem Vorbild des § 6 Absatz 2 des Berliner Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in den Gesetzentwurf eine Ergänzung von § 8 durch Einfügung des folgenden neuen Absatzes 3 aufzunehmen:

„(3) Kinder, die auf Grund ihrer Behinderung spezieller Förderung bedürfen, sollen durch ergänzende pädagogische und sozialpädagogische Angebote in

Thüringer Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

www.thueringer-sozialministerium.de

E-Mail-Adressen dienen im TMASGFF nur
dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne
Signatur
und/oder Verschlüsselung.

der Tageseinrichtung unterstützt werden; hierfür sind Personalzuschläge nach § 16 zu gewähren. Die Voraussetzungen für Personalzuschläge werden vom zuständigen örtlichen Träger der Jugendhilfe geprüft und der Personalzuschlag festgestellt. Diese Feststellung ist zu befristen und ihre Voraussetzungen nach Fristablauf erneut zu prüfen, soweit die Art und Schwere der Behinderung einer Befristung nicht entgegenstehen.“

Der bisherige § 8 Absatz 3 würde neu § 8 Absatz 4.

Im Übrigen wird dem Gesetzentwurf zugestimmt. Die Erklärung gemäß dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz ist beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung des Beauftragten

Anlage

THÜR. LANDTAG POST
11.06.2019 13:24

13174/2019



Beauftragte für Integration,
Migration und Flüchtlinge

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz · Postfach 90 04 62 · 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- vorab per E-Mail -
poststelle@landtag.thueringen.de

**Den Mitgliedern des
AfBJS**

Durchwahl:

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungs- gesetzes

*Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 der
Geschäftsordnung des Thüringer Landtags*

Erfurt,
11. Juni 2019

Thüringer
Landtag

VORLAGE
6/5698

zu Drs. 6/6956

Sehr geehrte

ich bedanke mich für die Übersendung des Gesetzesentwurfs zur Änderung
des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes (ThürKitaG) und nehme dazu
wie folgt Stellung:

Grundsätzliche Bewertung

Der Bund hat mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und Teil-
habe in der Kindertagesbetreuung vom 19. Dezember 2018 den Ländern
Mittel angeboten, die sowohl für Qualitätsverbesserungsmaßnahmen als
auch für die Beseitigung von Zugangshürden für die frühkindliche Bildung,
Betreuung und Erziehung eingesetzt werden sollen. Kinderbetreuungseinrich-
tungen können eine wichtige Rolle bei der Integration neu zugewanderter
Kinder und Familien spielen. Insofern begrüße ich die Maßnahme der Bun-
desregierung, die Länder für diesen Bereich zusätzlich auszustatten.

Zur Bewertung im Einzelnen

Zu Änderungen bezüglich § 16 ThürKitaG:

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Kindertageeinrichtungen den
Integrationsprozess neu zugewanderter Familien unterstützen können, ist die
ausreichende Ausstattung mit qualifiziertem Personal. Die geplante Änderung
sowohl des Betreuungs- als auch des Personalschlüssels kommt der Qualität
und den Teilhabemöglichkeiten für alle betreuten Kinder zugute. Damit för-
dern die Rahmenbedingungen die tatsächlichen Möglichkeiten der Fachkräf-
te, auf die individuellen Bedarfe der Kinder einzugehen. Dies ist insbesonde-
re auch durch die Berücksichtigung erhöhter Minderungszeiten gewährleistet.

Thüringer Ministerium für
Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

Zu Änderungen bezüglich § 30 ThürKitaG:

Hinsichtlich der Entwicklung von Sprachkenntnissen, Zugehörigkeitsgefühl und Teilhabe bietet die Kindertagesbetreuung sehr gute Voraussetzungen, um Zugang und Verständnis für die Möglichkeiten des Bildungssystems zu erlangen. Daher sind aus integrationsfördernder Sicht die Zugangsvoraussetzungen zu Kindertagesbetreuungseinrichtungen so niederschwellig wie möglich zu gestalten. Insofern ist die Erweiterung der Elternbeitragsfreiheit begrüßenswert.

Mit freundlichen Grüßen

Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge

Anlagen:

Formblatt Beteiligendokumentation



THÜR. LANDTAG POST
11.06.2019 11:19

13.12.2019

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Postfach 90 04 63 · 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
per Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Landesjugendamt
Geschäftsstelle Landesju-
gendhilfeausschuss

Ihre Ansprechpartnerin

Durchwahl
Telefon +49 361 573411
Telefax +49 361 573411

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Erfurt, 11. Juni 2019

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes
(Drucksache 6/6956)**

hier: Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 2. Mai 2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit der Zuleitung des Gesetzentwurfes ermöglichen Sie dem Landesjugend-
hilfeausschuss die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dieser komme ich unter
Organvorbehalt gerne nach.

Grundsätzliche Anmerkungen:

Der Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 15. Juni 2015 (Reg.-
Nr.: 25/15) weist an die Landesregierung Empfehlungen zur qualitativen
Fortschreibung des ThürKitaG aus. Dieser soll - wie in zurückliegenden An-
hörungen bereits vorgetragen - Gradmesser einer grundsätzlichen Bewer-
tung des vorliegenden Entwurfes sein.

Insgesamt ist festzustellen, dass mit dem vorliegenden Entwurf ein weiterer,
jedoch nicht hinreichender Schritt zur Verbesserung der Betreuungsqualität
vorgesehen ist.

Es ist bekannt, dass nicht nur der Landesjugendhilfeausschuss, sondern
auch die Träger der Einrichtungen, die darin arbeitenden Fachkräfte und die
Eltern die Fachkraft-Kind-Relationen in allen Altersgruppen äußerst kritisch
sehen. Er entspricht weder den pädagogischen Erfordernissen zur Bildung,
Erziehung und Betreuung von Kindern, noch den Herausforderungen einer
Gesundheitsförderung der pädagogischen Fachkräfte.

Eine Änderung der Fachkraft-Kind-Relation in allen Altersgruppen ist und
bleibt die prioritäre Herausforderung, der sich der Gesetzgeber stellen muss.

Vorsitzender
Landesjugendhilfeausschuss

Landesjugendring Thüringen e.V.
Johannesstraße 19
99084 Erfurt
Telefon +49 (0361) 5767835
Telefax +49 (0361) 5767815
E-Mail post@ljjrt-online.de

Thüringer Ministerium
für Bildung, Jugend
und Sport
Werner-Seelenbinder-Str. 7
99096 Erfurt

www.thueringen.de/th2

E-Mail-Adressen dienen im TMBJS
nur dem Empfang einfacher Mitteilun-
gen ohne Signatur und/oder Ver-
schlüsselung.

Bankverbindung:
Landesbank Hessen-Thüringen
BIC: HELADEF820
IBAN: DE1482050000300444141

Wie bereits im zurückliegenden Gesetzgebungsverfahren vorgetragen, ist eine grundsätzliche Beitragsfreiheit für Kindertagesbetreuung zu begrüßen. Sie sollte jedoch erst dann erfolgen, wenn notwendige qualitative Rahmenbedingungen im System der Kindertageseinrichtungen ausreichend vorhanden sind. Dies ist, wie vorangestellt, nicht der Fall, sodass eine Einführung eines weiteren beitragsfreien Jahres abgelehnt wird.

Die dafür geplanten finanziellen Mittel sind für die Änderungen der Rahmenbedingungen einzusetzen.

Darüber hinaus wird erneut vorgetragen, Änderungen im strukturellen Bereich vorzunehmen. Dies betrifft insbesondere:

- die Erhöhung der Leitungsanteile für kleine Kindertageseinrichtungen (unter 50 Kinder auf eine ½ Stelle Leitungsanteil),
- die Einführung einer Stellvertreterregelung,
- ein zusätzlicher Stellenanteil für mindestens eine qualifizierte Fachkraft zum Thema Inklusion [...].¹

Zu einzelnen Regelungen

§ 16 – Personalausstattung

Zu Buchstabe a):

Nachdem mit vorangegangener Novelle für die Altersgruppe der 3- bis 4-Jährigen der Fachkraft-Kind-Schlüssel verändert wurde, soll nunmehr der Betreuungsschlüssel für die Kinder zwischen dem vollendeten vierten und vor Vollendung des fünften Lebensjahres von bisher 1:16 auf 1:14 verbessert werden. Dies ist grundsätzlich begrüßenswert, obgleich darauf erneut hingewiesen wird, dass die Bertelsmann-Stiftung ab drei Jahre bis Schuleintritt eine Relation von 1:7,5 als fachlich ansieht. Unter Verweis auf die grundsätzlichen Anmerkungen sollte der Landesgesetzgeber alles unternehmen, um die Fachkraft-Kind-Relationen in allen Altersgruppen zu verändern.

Zu Buchstabe b):

Positiv wird zur Kenntnis genommen, dass nunmehr auch die seit Jahren vorgetragene Kritik zur geringen Einrechnung der fachlichen Arbeit außerhalb der Gruppen und für Ausfallzeiten Früchte trägt. Im vorliegenden Entwurf soll nunmehr dieser Anteil um 3 vom Hundert auf dann 28 vom Hundert angehoben werden.

¹ Vgl. Beschluss Landesjugendhilfeausschuss, Reg.-Nr. 25/15, vom 15. Juni 2015.

Auch dies ist ein richtiger Schritt, obgleich die Anhebung weiterhin als zu gering angesehen wird. In dem Zusammenhang wird erneut vorgetragen², dass in tatsächlicher Realität

- der Anteil fachlicher Arbeit außerhalb der Gruppen weit über 10 % liegt,
- der Anteil auf die Ausfallzeiten mit mindestens 20 % zu veranschlagen ist.

Im Ergebnis dessen wäre bei der Herleitung des Personalschlüssels ein Anteil von 35 % sachlich geboten und gesetzlich zu normieren.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit einem auf drei Jahre angelegten Modellprojekt multiprofessionelle Teams in sozialen „Brennpunkt“einrichtungen (von bis zu 100 Einrichtungen) geschaffen werden sollen³. Dies ist ein richtiger und wichtiger Schritt, den der Landesjugendhilfeausschuss seit Jahren bereits gefordert hat⁴; einschließlich einer entsprechenden gesetzlichen Regelung, die hier jedoch nicht vorgenommen wird. Es wird daher erneut vorgeschlagen, die Einrichtung multiprofessioneller Teams im jetzigen Gesetzgebungsverfahren zu regeln.

§ 30 – Elternbeitragsfreiheit

Die Ausweitung der Elternbeitragsfreiheit auf das vorletzte Betreuungsjahr wird mit Hinweis auf die grundsätzlichen Anmerkungen abgelehnt. Vorrang hat die qualitative Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege. Hierfür sind substantiell die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender LJHA

² Vgl. hierzu Stellungnahme LJHA zum Thüringer Gesetz über die Neuregelung der Kindertagesbetreuung vom 17. August 2017.

³ Protokoll, Thüringer Landtag - 6. Wahlperiode - 144. Sitzung - 29. März 2019.

⁴ Auszug aus Stellungnahme LJHA zum Thüringer Gesetz über die Neuregelung der Kindertagesbetreuung vom 17. August 2017.

„Darüber hinaus wird im Kontext der inklusiven Einrichtungsentwicklung die Aufnahme einer Regelung zur Bereitstellung personeller Ressourcen für multiprofessionelle Teams und notwendiger förderpädagogischer Kompetenzen angeregt und erwartet. Die im angekündigten Maßnahmenpaket der Koalitionsfraktionen enthaltene temporäre Unterstützung von multiprofessionellen Teams (2018 – 2020; 12 Mio. €) sollte grundsätzlich als gesetzliche Normative übernommen werden.“

THÜR. LANDTAG POST
17.07.2019 14:13

16337/2019



Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz · Postfach 90 04 62 · 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- per E-Mail -
poststelle@landtag.thueringen.de

Durchwahl:
Telefon +49 361 573511
Telefax +49 361 5738111

Erfurt,
17. Juli 2019

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungs-
gesetzes**

*Stellungnahme zum Änderungsantrag (Vorlage 6/5748) im Rahmen des An-
hörungsverfahrens gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Land-
tags*

Sehr geehrte Frau

ich bedanke mich für die Übersendung des Änderungsantrags zum
Gesetzesentwurf zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungs-
gesetzes (ThürKitaG).

Ich befürworte die aufgeführten Änderungen. Insbesondere unterstütze ich
die ausdrückliche Aufnahme des Begriffs „Kindergarten“ in den Gesetzestext
(Artikel 1). Diese weit über den deutschsprachigen Raum bekannte Bezeich-
nung kann Verständnis und Vertrautheit in Bezug auf die Einrichtung bei aus
dem Ausland nach Thüringen zugezogenen Familien fördern.

Mit freundlichen Grüßen

Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge

Anlagen:
Formblatt Beteiligendokumentation

zu VI 6/5748

Thüringer Ministerium für
Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

www.thueringen.de

THÜR. LANDTAG POST
06.06.2019 07:02

1284012018

Landesjugendring Thüringen e.V.

Arbeitsgemeinschaft Thüringer Kinder- und Jugendvertretungen



Landesjugendring Thüringen e.V. • Johannesstr. 19 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de -

Geschäftsstelle
Johannesstraße 19
99084 Erfurt

Telefon 0361 57678-0
Fax 0361 57678-15

E-Mail post@ljrt-online.de
Web www.ljrt.de
Social <http://facebook.com/ljrth>
<http://plus.google.com/+LjrtDe>

Erfurt, 5. Juni 2019

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/6956 -

Hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Bezug: Schreiben vom 02. Mai 2019

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

vielen Dank für die Übersendung des Gesetzentwurf der Thüringer Landesregierung und die Möglichkeit, hierzu eine Stellungnahme abzugeben.

Zur Erhöhung der Betreuungs- und Personalschlüssel

Der Landesjugendring Thüringen e.V. begrüßt ausdrücklich das Anliegen des Gesetzentwurfes, die Qualität der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in Thüringen zu verbessern. Dass hierfür sowohl der Betreuungs- als auch der Personalschlüssel (§16 Abs. 2 und 3) erhöht werden sollen, ist positiv herauszuheben.

Allerdings stehen die Thüringer Kommunen, gerade in den Ballungszentren, in den nächsten

Bankverbindung
Erfurter Bank e.G.
BIC ERFBDE8EXXX IBAN DE 98 8206 4228 0000 44 222 4

Registernummer VR 160503
Steuernummer 151/141/15107

Jahren vor allem in der Verantwortung, den Bedarf an Kindertagesbetreuungsplätzen zu decken.¹ Neben der pädagogisch erforderlichen Anpassung der Betreuungs- und Personalschlüssel wird es insofern vor allem darauf ankommen, den Platzausbau in den Thüringer Kommunen weiter voranzutreiben, um die mit dem Gesetzesentwurf angestrebten Qualitätsverbesserungen tatsächlich zu erreichen. In diesem Zusammenhang muss zudem für ausreichend Personal in den Einrichtungen gesorgt werden. Hierbei bedarf es vorrangig einer Aufwertung der Ausbildung und des Berufes der Erzieher*innen. Ohne Berücksichtigung der realen Schwierigkeiten den Bedarf an Kindertagesbetreuungsangeboten überhaupt decken zu können zum einen und ausreichend Personal zu finden zum anderen, bleiben die Anpassungen der Betreuungs- und Personalschlüssel in der Praxis irrelevant.

Zu einem weiteren elternbeitragsfreiem Betreuungsjahr

Um Zugangshürden zur Kindertagesbetreuung zu beseitigen, erwägt der Gesetzesentwurf, ein weiteres Betreuungsjahr elternbeitragsfrei zu stellen. Finanzielle Zugangshürden werden bereits in der jetzigen Fassung des ThürKitaG gering gehalten, da gemäß § 29 Abs. 2 die Elternbeiträge sozialverträglich zu gestalten und zu staffeln sind. Die Mehrkosten, die durch ein weiteres beitragsfreies Jahr entstünden, wären mithin in der Qualitätsverbesserung der Kitas in Thüringen wirksamer eingesetzt. Damit unterstützt der Landesjugendring Thüringen e.V. das Anliegen der Fachverbände, zugunsten der Qualitätsverbesserung in den Kitas auf ein weiteres elternbeitragsfreies Betreuungsjahr zu verzichten. Sofern ein weiteres beitragsfreies Betreuungsjahr eingeführt wird, dürfen den Kommunen keine Mehrkosten entstehen.

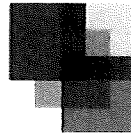
Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender

¹ Vgl. u.a. <https://www.mdr.de/thueringen/kita-plaetze-ehlen-mangel100.html>
Bankverbindung
Erfurter Bank e.G.
BIC ERFBDE8EXX IBAN DE 98 8206 4228 0000 44 222 4

THUR. LANDTAG POST
05.06.2019 16:56

12834/19



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Landesvorsitzender

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
02. Mai 2019

Datum
05. Juni 2019

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

hier: schriftliches Anhörungsverfahren gemäß § 79 GO des Thüringer Landtags

Sehr geehrt

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e. V. bedankt sich für die Möglichkeit zum schriftlichen Anhörungsverfahren zu o.g. Gesetz.

Als Gründe für die Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes wurden die geplante Einführung des beitragsfreien Betreuungsjahres sowie Änderungen bundesrechtlicher Rahmenvorgaben genannt.

Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht abhängig vom Geldbeutel der Eltern sein. Aus diesem Grunde ist eine gebührenfreie Kita ein Muss und sollte insbesondere für die frühkindliche Bildung gelten, die die Grundlage für viele Bildungschancen legt. Von der Kita bis einschließlich zum Studium darf es keine Gebühren geben! Jedoch bilden Qualitätsverbesserung, Kitaplatzneubau und Beitragsfreiheit einen Dreiklang und sollten sich im gleichen Verhältnis verbessern.

Dabei lege und legt der tbb seine oberste Priorität auf die Verbesserung des Betreuungs- bzw. Personalschlüssels. Mehr Zeit für jedes Kind! Dies wird von uns ausdrücklich begrüßt. Es ist daher erfreulich, dass der Gesetzgeber diesbezüglich endlich aktiv geworden ist.

Im Übrigen votieren auch wir, die Begrifflichkeit „Personalschlüssel“ in Bildungsschlüssel ändern zu wollen, denn unsere Kinder brauchen kein Personal oder nur Betreuung – sie brauchen Bildung. Der Kindergarten ist keine Aufbewahrungsstätte, sondern eine familienergänzende Bildungseinrichtung. Und genau aus diesem Grund brauchen wir neben mehr Zeit für die Kinder auch einen Ort, an dem sie altersgerecht gebildet werden können.

Auch in diesem Gesetzentwurf fehlen wieder weiterdenkende Verbesserungen im Bereich frühkindlicher Bildung, denn, wie gesagt, kostenfreier Zugang zu Bildung, mehr Zeit für die Kinder, sind erste Schritte. Hier darf aber nicht verharret werden. Der tbb wiederholt daher seine weiteren Forderungen an dieser Stelle:

(1) verpflichtende Zusammenarbeit aller Bildungseinrichtungen

Trotzdem vermissen wir auch weiterhin im Gesetzentwurf eine verpflichtende Zusammenarbeit zwischen anderen Einrichtungen zur Frühförderung etc. sowie der Grundschule mit den Kitas.

Andere Bundesländer haben das bereits erkannt. Wir weisen hier auf das Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz – BayKiBiG hin. Hier heißt es:

„Art. 15 BayKiBiG

Vernetzung von Kindertageseinrichtungen; Zusammenarbeit mit der Grundschule

(1) ¹Kindertageseinrichtungen haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit jenen Einrichtungen, Diensten und Ämtern zusammenzuarbeiten, deren Tätigkeit in einem sachlichen Zusammenhang mit den Aufgaben der Tageseinrichtung steht.²Kindertageseinrichtungen kooperieren insbesondere mit Frühförderstellen, Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie schulvorbereitenden Einrichtungen und heilpädagogischen Tagesstätten.

(2) ¹Kindertageseinrichtungen mit Kindern ab Vollendung des dritten Lebensjahres haben im Rahmen ihres eigenständigen Bildungs- und Erziehungsauftrags mit der Grund- und Förderschule zusammenzuarbeiten.²Sie haben die Aufgabe, Kinder, deren Einschulung ansteht, auf diesen Übergang vorzubereiten und hierbei zu begleiten.³Die pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen und die Lehrkräfte an den Schulen sollen sich regelmäßig über ihre pädagogische Arbeit informieren und die pädagogischen Konzepte aufeinander abstimmen.“

(2) Verbindliches Vorschulprogramm im Kindergarten

Der tbb hält es mit Blick auf den allgemeinen Auftrag eines demokratischen sozialen Staates, allen die gleichen Voraussetzungen für Bildung zu ermöglichen, für dringend erforderlich, dass in den Thüringer Kindertagesstätten verpflichtend im letzten halben Jahr vor der Einschulung eine sog. „Vorschule“ stattfindet. Nur so kann ermöglicht werden, dass alle Kinder gleichermaßen mit Eintritt in die Schule auch schulfähig bzw. beschulbar sind. Ansätze hierfür finden sich leider im bisherigen Entwurf nicht.

Der tbb hält daher eine dementsprechende Regelung für notwendig.

(3) notwendige wissenschaftliche Begleitung und Fortbildung des Personals

Damit korrespondierend benötigen natürlich auch die Kolleginnen und Kollegen in den Kitas wissenschaftliche Begleitung und Fortbildung. Wiederum geht uns die hier vorgelegte Regelung in § 18 nicht weit genug. Es lohnt sich ebenfalls ein Blick in andere Bundesländer:

„Art. 17 BayKiBiG

Wissenschaftliche Begleitung, Fortbildung

(1) Für die wissenschaftliche Weiterentwicklung der Inhalte und Methoden der außerschulischen Bildung und Erziehung hat der Staat durch geeignete Einrichtungen Sorge zu tragen.

(2) Zur Qualifizierung des pädagogischen Personals sind geeignete Fortbildungsmaßnahmen sicherzustellen und zu fördern. Hierbei sind die Fortbildungsmaßnahmen der freigemeinnützigen Träger in angemessener Weise zu berücksichtigen. Grundschullehrkräfte sollen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen einbezogen werden.“

Der tbb empfiehlt hier eine Ergänzung des § 18 um eine solche Regelung.

Der tbb setzt sich auch diesbezüglich dafür ein, verbindliche Aussagen in diesem Gesetz zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender



die lobby für kinder

Deutscher Kinderschutzbund LV Thüringen e.V.
Johannesstraße 2, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Erfurt, 05.06.2019

THÜR. LANDTAG POST
17.06.2019 09:14

13631/2019

**Stellungnahme zum
Thüringer Gesetz zur Änderung des Thüringer KindertagesbetreuungsG**

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,
sehr geehrte

Sie haben uns im Zuge der Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes in Thüringen um eine Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes gebeten. Diesem Wunsch kommen wir nachfolgend gerne nach.

Insbesondere geht es um die Einführung eines zweiten beitragsfreien Kita-Jahres vor Schuleintritt und die Verbesserung des Betreuungs- sowie Personalschlüssels.

In allen Stellungnahmen in Bezug auf die Einführung des ersten beitragsfreien Kita-Jahrs hat der Kinderschutzbund Thüringen darauf hingewiesen, dass ihm der qualitative Ausbau der Kita-Betreuung wichtiger ist als die Einführung eines beitragsfreien Kita-Jahres.

In unserer Stellungnahme vom 04.08.2017 haben wir dafür plädiert, weitere finanzielle Mittel in die Verbesserung des Betreuungsschlüssels zu geben sowie in die Entwicklung bestehender als auch neuer Eltern-Kind-Zentren zu fördern und damit die Kooperation mit Eltern und im Sozialraum zu stärken.

Die in § 16 geregelte Personalausstattung verändert sich aus unserer Sicht nur sehr gering. Lediglich der Betreuungsschlüssel der vierjährigen Kinder ändert sich von 1:16 auf 1:14. Damit ist die Verhältnismäßigkeit zwischen qualitativer Weiterentwicklung und betragsfreiem Kita-Jahr nicht gegeben. Wir hätten es gut gefunden statt ein zweites Kita-Jahr beitragsfrei zu ge-

**Deutscher
Kinderschutzbund**
LV Thüringen e.V.
Johannesstraße 2
99084 Erfurt

Telefon / Fax:
0361/653 194-83 / -81

post@dksbthueringen.de
www.dksbthueringen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE66 8205 1000
0130 1001 96
BIC: HELADEF1WEM

StNr: 151/141/05950



stalten, sich zunächst der qualitativen Verbesserung zu widmen. Wenngleich wir die Anstrengungen seitens des Landes durchaus wahrnehmen und würdigen, besteht hier nach wie vor dringender Handlungsbedarf.

Hinsichtlich des Betreuungsschlüssels hatten wir in unseren Stellungnahmen im Jahr 2017 auf Studien der Bertelsmann-Stiftung und des BMFSFJ verwiesen, die deutlich bessere Fachkraft-Kind-Schlüssel empfehlen, als im vorliegenden Gesetz vorsehen. Mit der vorgeschlagenen Änderung in Nummer 4 ergibt sich jetzt folgender Vergleich:

- 1:2 bei unter Einjährigen (im Gesetz: 1:4)
- 1:4 bei Ein- bis Dreijährigen (im Gesetz: 1:6 und 1:8) und
- 1:9 bei Drei- bis Sechsjährigen (im Gesetz jetzt neu: 1:12, 1:14 und 1:16)

Zudem wird in § 16 der Personalschlüssel für die Arbeit außerhalb der Gruppen geändert und von 25 auf 28 % angehoben. Das begrüßen wir sehr als einen Schritt in die richtige Richtung. Dieser verbessert auch die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen.

Um nicht stets erneut die gleiche Aussage in der Abwägung zwischen qualitativer Weiterentwicklung und Kostenfreiheit treffen zu müssen wäre es aus unserer Sicht angebracht einen Zeitplan zu entwickeln wie diese Zielkriterien in welchen Schritten erreicht werden sollen.

Zudem schlagen wir eine fachliche Diskussion darüber vor, die Mittel des Gute-Kita-Gesetzes neben einer spürbaren Anhebung des Personalschlüssels in allen Thüringer Kindertageseinrichtungen auch dazu zu nutzen, die Rahmenbedingungen in solchen Einrichtungen zu verbessern, die überproportional mit sozialen und pädagogischen Problemlagen konfrontiert sind.

Im Namen des Vorstands verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

THÜR. LANDTAG POST
06.06.2019 12:12

12214 119



Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

ver.di • LBz Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thür. • Karl-Liebknecht-Str. 30-32 • 04107 Leipzig

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

E-Mail:
poststelle@landtag.thueringen.de

Tarifkoordinatorin

Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt, Thüringen
Karl-Liebknecht-Str. 30-32
04107 Leipzig

Telefon: 0341/5 29 01 - 0
Telefax: 0341/5 29 01 - 500
www.sat.verdi.de

Datum

6. Juni 2019

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Tel.-Durchwahl

Fax-Durchwahl

E-Mail

Stellungnahme

zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungs-
gesetzes – GE der Fraktionen Die LINKE, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN;
Drucksache 6/6956

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Möglichkeit der Stellungnahme im Rahmen des Anhörungs-
verfahrens gemäß § 79 Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zum o.a. Ge-
setzentwurf.

Allen nachfolgenden Ausführungen vorangestellt, begrüßt ver.di die Initiative des
Freistaates, weitere qualitätsverbessernde Maßnahmen im Bereich der Kindertages-
betreuung, wie die Verbesserung der Qualität und die Personalschlüssel erhöhen zu
wollen. Und dies vor dem Hintergrund der Umsetzung der Regelungen des Bundes-
gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbe-
treuung vom 18. Dezember 2018.

Kritisch sehen wir allerdings die Tatsache, dass die im § 3 Absatz 3 des Gute-Kita-
Gesetzes formulierte Beteiligung u.a. der Sozialpartner bei der Ermittlung der Hand-
lungsfelder, Maßnahmen und Handlungsziele unseres Erachtens nicht ausreichend
gewesen ist. Beteiligung i.S.d. hier definierten Aufgaben verstehen wir als Prozess
zur nachhaltigen Entwicklung des Kindertagesbetreuungssystems in Thüringen. Dies
hat so leider nicht stattgefunden.

Zum vorliegenden Gesetzentwurf:

1. Grundsätzlich ist die Verbesserung des Personalschlüssels zu begrüßen, jedoch ausreichend ist dieser nicht. Die Erhöhung des Personalschlüssels gleicht u.E. nur die höheren ermittelten Fehlzeiten aus und wird sich so nur minimal auf die angespannte Personalsituation auswirken.
2. Die Einrechnung bzw. Verbesserung von fachliche Arbeit außerhalb der Gruppen verbessert den Personalschlüssel. Für die betroffenen Beschäftigten allerdings wäre hilfreicher, wenn ein Zeitbudget pro Woche oder Tag je Arbeitnehmer / oder VZÄ konkret festgelegt ist, welches für die Arbeit außerhalb der Gruppe zur Verfügung steht. Die reale Situation in den Einrichtungen ist in der Regel die, dass viele Beschäftigte die sogenannten „Schreibarbeiten“ (Dokumentationen etc.) mit nach Hause nehmen.
3. Das zusätzliche beitragsfreie Kita-Jahr ist durchaus ein Schritt in die Richtung beitragsfreie Bildung und ist durchaus zu begrüßen, allerdings wären aus unserer Sicht und vor dem Hintergrund aktueller Problemlagen andere Maßnahmen für drängender. (z.B. Personalausstattung, Leitungsfreistellung, FK-Nachwuchsgewinnung, kostenfreie Verpflegung aller Kinder)
Für mehr Transparenz bei der Personalberechnung zur Förderung von Kindern mit Förderbedarf nach § 8 Abs. 3 ist hilfreich, den Personalbedarf im Bedarfsplan mit auszuweisen oder im Kita-G konkrete Mindestbedarfe festzuschreiben. An dieser Stelle sehen wir auch einen Mindestschlüssel für Sprachförderung als erforderlich. (z.B. für Integration)
4. Der Gesetzentwurf bleibt jedoch an einigen Punkten hinter den Erwartungen zurück. Es fehlen grundlegende und weitergehende Überlegungen, wie dem Fachkräftemangel und den schwierigen, belastenden Arbeitsbedingungen entgegengewirkt werden kann. Vor dem Hintergrund ist fraglich, wie die geplanten 530-550 Erzieher*innen gewonnen werden können? Es fehlen, z.B. Ideen und Vorschläge zur Entwicklung und Realisierung für den Ausbau der Kapazitäten in den Studiengängen Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik, sowohl in den Bachelor- als auch Masterstudiengängen, der Gewinnung von Lehrkräften, z.B. durch akademisch gebildete Praktiker*innen (z.B. Fachberater*innen, Fortbildner*innen), der systematische Ausbau der Kapazitäten in den Universitäten für das Lehramt an berufsbildenden Schulen / Sozialpädagogik, und Promotionsprogramme zur Gewinnung professoralen Nachwuchses für die o.g. Studiengänge.
Die Gewinnung, Ausbildung und Weiterqualifizierung der Fachkräfte für die Kitas und für das Unterstützungs- und Ausbildungssystem stellt aktuell die größte Herausforderung dar.
Die sogenannte Fachkräfteoffensive bringt für Thüringen 2019 insgesamt 61 neue Auszubildende und 2020 dann 60. Das ist mit Blick auf den Fehlbedarf völlig unzureichend.

Wir möchten an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen, dass ver.di in diesem Zusammenhang dringend davon abrät, „Lösungen“ zum Fachkräftemangel wie Kurzeitbildungen, Erweiterung der Fachkraftdefinition oder die Öffnung der Fachkräftekataloge in Betracht zu ziehen. Unseres Erachtens muss die Ausbildung von Fachkräften (im Sinne des Fachkräftegebots) auf allen Ebenen des Systems und die dauerhafte Begleitung der Fachkräfte prioritär im Gesetz herausgestellt werden.

Fazit

Das Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Neben der Verbesserung der Personalschlüssel ist auch der Ausbau der Beitragsfreiheit nach Maßgabe unserer obigen Ausführungen zu begrüßen. Der Ausbau der Beitragsfreiheit und die damit avisierte Verbesserung der Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen darf jedoch nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Beitragsfreiheit führt nicht dazu, dass die Rahmenbedingungen der sozialen Arbeit verbessert werden.

Es ist zu prüfen, ob nicht nach wie vor eine soziale Staffelung von Beiträgen sinnvoll sein kann, die Familien mit niedrigen Einkommen entlastet und Bemessungsgrenzen sozial staffelt.

ver.di fordert darüber hinaus die weitergehende Verbesserung der Personalschlüssel in den Kitas und per Gesetz festgeschriebene Fachkraft-Kind-Schlüssel. Im Zentrum stehen die Kennzahlen für den Personalschlüssel.

Ver.di orientiert sich hierbei an den Mindeststandards der Europäischen Kommission. Für Kinder bis 1,5 Jahre: 3 Kinder zu einer Fachkraft. Für Kinder zwischen 1,5 und 3 Jahren: 4 Kinder zu einer Fachkraft. Für Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt: 8 Kinder zu einer Fachkraft und für Kinder ab dem Schuleintritt: 10 Kinder zu einer Fachkraft.

In diesem Personalschlüssel müssen Vor- und Nachbereitungs- sowie Ausfallzeiten in entsprechender Größenordnung eingerechnet werden. Zusätzlich bedarf es einer ausreichenden Anzahl von Freistellungstagen (mind. 10 pro Jahr) für Qualifizierung, die in die Personalbemessung eingerechnet werden. Im Personalschlüssel dürfen Praktikant*innen und Zusatzfachkräfte sowie Auszubildende nicht eingerechnet werden. Leitungsfreistellung muss an die gewachsenen Anforderungen an Leitungen angepasst werden.

Aus den Reihen der Beschäftigten – also sowohl Erzieher*innen, Praxisanleiter*innen sowie Auszubildenden – verstärkt sich unsere Position, dass dringend und kurzfristig weitere Änderungen zu folgenden Regelungen vorgenommen werden müssen:

- keine Anrechnung der Auszubildenden auf den Personalschlüssel,
- fundierte und zeitnahe Ausbildung der Praxisanleiter*innen für die Auszubildenden des Modellprojekts sowie die Praktikant*innen der vollzeitschulischen Ausbildung,



Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

- Anerkennung der Arbeit der Praxisanleiter*innen durch Anrechnungsstunden und einen finanziellen Zuschlag durch ein aufzulegendes Programm des Landes.

Abschließend fordert ver.di, dass sich das Land Thüringen auf Bundesebene für eine Erhöhung und Verstetigung der Mittel für den Bereich der frühkindlichen Bildung einsetzt und mithilft die Ausbildungskapazitäten für die pädagogischen Berufe zu erhöhen.

Im Übrigen gestatten wir uns den Verweis auf unsere Stellungnahme vom 24.01.2017, in der wir bereits auf einige Aspekte eingegangen sind.

Freundliche Grüße

Stellungnahme zum Gesetzentwurf

„Thüringer Gesetz über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege als Ausführungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe

(Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz – ThürKitaG)

Vorbemerkungen:

Vorangestellt an dieser Stelle wollen wir deutlich machen, dass wir die Initiative der Landesregierung dahingehend positiv bewerten, die geltenden gesetzlichen Regelungen nicht nur auf den Prüfstand zu stellen, um zu entsprechenden Verbesserungen und Anpassungen nicht nur aufgrund bundesrechtlich veränderter Vorschriften zu kommen, sondern gleichermaßen eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen vorzunehmen.

Die damit verbundene Umsetzung der im Koalitionsvertrag formulierten Vereinbarungen der Regierungsparteien begrüßen wir.

Gleichwohl sehen wir als Gewerkschaft ver.di im vorliegenden Gesetzentwurf eine Reihe von Punkten unberücksichtigt oder unzureichend geregelt, auf die wir im Einzelnen eingehen werden.

Fakt ist, dass Investitionen in die **Qualität der Rahmenbedingungen** unumgänglich sind, denn die Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen steht und fällt mit ihnen. Auf diesen Zusammenhang haben verschiedene Studien immer wieder hingewiesen. Sie betonen übereinstimmend die große Bedeutung der Strukturmerkmale für die Qualität der Bildungsprozesse und -ergebnisse im Elementarbereich. Zum Wohl der Kinder unseres Landes müssen deshalb finanzielle Ressourcen vor allem zugunsten guter personeller Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen gebündelt werden. Gute Rahmenbedingungen sind eine grundlegende Voraussetzung für die Qualität frühkindlicher Bildungsangebote, die ebenso, wie eine optimale Erziehung und Betreuung die Basis für bessere Chancen und Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen bilden.

Zum vorliegenden Gesetzentwurf und den Änderungen im Einzelnen:

Zu § 6 Trägerschaft, hier Absatz 2

Die unter Absatz 2 aufgenommenen Regelungen der Trägerverantwortung, hinsichtlich der Verantwortung als Arbeitgeber für die Gesundheit des pädagogischen Fachpersonals Vorsorge zu treffen, bewerten wir als positiv, halten jedoch einen weitergehenden oder ergänzenden Vorschlag einer gesetzlichen Regelung für angemessen.

Ggf. Einfügung im Absatz 2 oder neuer Absatz:

„Der Träger ist verantwortlich für die Durchsetzung und Umsetzung des betrieblichen Gesundheitsschutzes/einer betrieblichen Gesundheitsförderung mit dem Ziel, die Arbeit und die Arbeitsbedingungen so zu organisieren, dass diese nicht Ursache von Erkrankungen oder

Gesundheitschädigungen sind. Der Träger fördert die Erhaltung bzw. Herstellung gesundheitsgerechter Verhältnisse am Arbeitsplatz sowie gesundheitsbewusstes Verhalten. Die betriebliche Gesundheitsförderung soll auf einem aktiv betriebenen Arbeits- und Gesundheitsschutz basieren und so zu einer Reduzierung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten, sowie arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren beitragen und durch den Abbau von Fehlzeiten und Vermeidung von Betriebsstörungen die Betriebsfähigkeit dauerhaft zu erhalten. Als Orientierung für die Umsetzung dieser Rechtsvorschrift dienen dem jeweiligen Träger der Einrichtung die tariflichen Regelungen des TVÖD für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes.

Zu § 8, hier zu Absatz 4

Angebote für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder sowie für weitere Kinder mit Förderbedarf

Im Rahmen von Inklusion und Integration und insbesondere vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation bzw. Kindern mit Migrationshintergrund und sich daraus ergebender erhöhter Anforderungen muss an dieser oder anderer Stelle im Gesetz eine klare Regelung dahingehend formuliert werden, dass dem damit verbundenen Mehraufwand an pädag. und Betreuungsarbeit (hier auch entspr. Elternarbeit) entsprechend Rechnung getragen wird. Unter anderem auch durch eine z.B. zeitweise Erhöhung des Personalschlüssels für einen Zeitraum von mind. 6 Monaten der Eingewöhnung/Integration.

Die erforderlichen Stellen sollten im Bedarfsplan der Einrichtung ausgewiesen werden.

§ 13 Öffnungs- und Betreuungszeiten

Im Zusammenhang mit der für die pädagogischen Fachkräfte wichtigen Fragen der Vor- und Nachbereitung halten wir es für erforderlich, entweder an dieser Stelle ergänzend bzw. konkret im § 15 eine Regelung aufzunehmen, welche einen Zeitfaktor bzgl. Bereithalten für Schließzeiten wegen Fort- und Weiterbildungen beinhaltet.

§ 14 Räumliche Ausstattung, hier Absatz 2

Die im Absatz 2 enthaltene Möglichkeit der befristeten Ausnahmegenehmigung sollte u.E. dahingehend konkretisiert werden, was unter dem Begriff „befristet“ gemeint ist oder aber im Wege der VO-Ermächtigung zu regeln ist.

§ 15 Personalausstattung, hier zu Absatz 2 Satz 1

An dieser Stelle halten wir folgende Änderung im Gesetz für dringend geboten, um den gestiegenen qualitativen Anforderungen an die Bildungsarbeit im Bereich der frühkindlichen Bildung Rechnung tragen zu können.

Vorschlag für eine alternative Formulierung:

„Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs nach § 2 Abs. 1 Satz 2 dieses Gesetzes soll eine pädagogische Fachkraft in der Regel insgesamt nicht mehr als:

1. drei Kinder im ersten Lebensjahr,
2. fünf Kinder im Alter zwischen einem und zwei Jahren,
3. sechs Kinder im Alter zwischen zwei und drei Jahren,
4. zwölf Kinder nach Vollendung des dritten Lebensjahres bis zur Einschulung,
5. sechzehn Kinder im Grundschulalter betreuen.“

Eine unveränderte Berücksichtigung der derzeit veranschlagten Ausfallzeiten von 10 % (Arbeitsunfähigkeit, Urlaub, Weiterbildung) ist aus unserer Sicht und den realen Bedingungen vor Ort völlig unzureichend, hier bedarf es einer dringend erforderlichen Anpassung auf eine mindestens 20%ige Berücksichtigung von Ausfallzeiten.

Die Berechnungsgrundlage des Personals sollte an den realen und bedarfsgerechten Öffnungszeiten orientiert werden. Eine Orientierung bzw. Berechnung von 9 Stunden, bei vorzuhaltender Öffnungszeit von 10 Stunden bedeutet letztlich auch einen veränderten und geringeren Schlüssel

Der Zeitanteil an Vor- und Nachbereitungszeiten ist aus unserer Sicht konkret zu definieren.

§ 16 Leitung einer Kindertageseinrichtung

Die im § 16 Absatz 3 enthaltene Beschränkung, die Leitung einer Kindertageseinrichtung auf max. 1,0 Vollzeitstellen zu beschränken, halten wir vor dem Hintergrund des Tarifabschlusses für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes im Bereich des öffentlichen Dienstes für nicht angemessen. Die Zielsetzung einer geänderten Gesetzesformulierung sollte grundsätzlich darin bestehen, auch hier bereits vorhandene Regelungen, auch aus Tarifverträgen zu übernehmen, um so gleiche Bedingungen für alle Träger umzusetzen. Die Bestellung stellvertretender Leitungen von Kindertageseinrichtungen, wie im Tarifvertrag Sozial- und Erziehungsdienst würde u.E. bei Beibehaltung dieser Beschränkung weiterhin erschwert werden.

Daher halten wir an dieser Stelle die Aufnahme einer zusätzlichen Regelung für geboten, zum Beispiel durch die Aufnahme eines zusätzlichen Absatz 4

„In Einrichtungen ab 40 Kinder ist eine stellvertretende Kita Leitung zu bestellen.“

Grundsätzlich halten wir unter § 16 folgende Formulierung für angebracht:

„Es sind pro Einrichtung mindestens ein/e Leiterin/Leiter und mindestens eine/ein durch ausdrückliche Anordnung/Bestellung benannte ständige/r Vertreterin/Vertreter von Leiterinnen/Leitern zu benennen.

Für Leitungsfunktionen sind sozialpädagogische Fachkräfte und/ oder Beschäftigte mit entsprechender (langjähriger) Berufserfahrung vorzusehen.“

§ 18 Fortbildung, hier Absatz 1

Wir begrüßen an dieser Stelle ausdrücklich die Berücksichtigung der unterschiedlicher individueller Wochenarbeitszeiten und die Klarstellung, dass bei der Freistellung für Fort- und Weiterbildung auf 2 Arbeitstage im Umfang einer VzÄ künftig abgestellt werden soll.

§ 22 Landeszuschüsse zu Kindertagesbetreuung

Im Absatz 1 wird vorgeschlagen, eine Ergänzung dahingehend vorzunehmen, statt „Kosten“ „tatsächliche Personalkosten“ aufzunehmen.

Hintergrund ist, dass im Absatz 2 bzgl. der Zahlung der Landespauschalen darauf abgestellt wird, dass diese für Kinder bis zum 3 Lebensjahr je belegtem Platz, ab 3 Lebensjahr je Kind gezahlt werden.

Das hat zur Folge, dass Träger von Einrichtungen die Arbeitsverträge der Arbeitnehmer sehr flexibel gestalten, so dass monatliche Änderungen der Arbeitszeit und des damit verbundenen entsprechenden Einkommens erfolgt nach der monatlichen Neuberechnung der Personalstärke. Die Träger begründen dies mit der Finanzierungspraxis des Landes, wonach die besonderen Finanzaufweisungen für die Kinder unter drei Jahren nach Anzahl der tatsächlich besetzten Plätze gezahlt werden.

Was spricht dagegen die besonderen Finanzaufweisungen für die Kinder unter drei Jahren nicht mehr nach der tatsächlichen Anzahl der besetzten Plätze, sondern vielmehr nach den Plätzen laut Bedarfsplan auszus zahlen? (Der Missbrauch – Vorhaltung von Plätzen ohne Bedarf- durch die Kommunen ist unwahrscheinlich, weil die Gemeinden für diese Plätze hohe Eigenanteile zahlen müssten)

Alternativ wäre folgende Formulierung denkbar.

„Für jeden in einer Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflege mit einem Kind im Alter unter einem Jahr entsprechend dem Bedarfsplan ausgewiesenen Plätze zahlt das Land eine Landespauschale in Höhe von 170 € monatlich. Für jeden in einer Kindertageseinrichtung bzw. in einer Kindertagespflege mit einem Kind im Alter zwischen einem Jahr und drei Jahren entsprechend dem Bedarfsplan ausgewiesenem Plätze zahlt das Land eine Landespauschale von 290 € monatlich.“

Die Finanzierung des Personals in Einrichtungen die länger als 9 Stunden geöffnet haben, muss entsprechend gesetzlich festgelegt werden und sollte nicht den Kommunen überlassen werden.

Grundsätzlich vermissen wir im Gesetzentwurf die Umsetzung einer im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarung.

Die Koalitionspartner hatten sich darauf verständigt, „...mit den Sozialpartnern Wege zu beraten und zu unterstützen, welche guten und tarifvertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen (Grundlage ist der TVöD) flächendeckend zur Geltung zu verhelfen.

Im vorliegenden Gesetzentwurf ist an keiner Stelle der Verweis darauf, dass Landeszuschüsse an eine entsprechende Tarifbindung des Trägers gekoppelt ist. Die reale Situation in den Kindertagesstätten unterschiedlicher Träger macht leider deutlich, dass wir erhebliche Unterschiede in den Arbeits- und entgeltbedingungen der Beschäftigten vorfinden, die allein im Entgeltbereich zwischen 20-30 Prozent bzw. weit unter dem Tarifniveau des öffentlichen Dienstes liegen. Von Entgeltgleichheit sind wir in diesem Berufsfeld weit entfernt. Die Aufnahme einer Mindestregelung im vorliegenden Gesetz vorausgesetzten Tarifbindung für die Zahlung von Landeszuweisungen halten wir unabdingbar.

Ergänzend zu § 22 Absatz 6

Das aus unserer Sicht mit der vorliegenden Formulierung sich ergebende Problem findet sich darin, dass „Die Landespauschale wird in Höhe des Elternbeitrages gezahlt.“

Im LK Greiz liegen diese z.B. von 10 € bis 165 €. Eine Gemeinde erhält 10 € die andere 165 €? Hier werden die Gemeinden, die bisher die Eltern nicht so hoch belastet haben schlechter gestellt als die Gemeinden die Eltern hoch zur Kasse bitten, oder schlecht wirtschaften.

Vorschlag: „Die Landespauschale wird in Höhe des durchschnittlichen Elterngebühren in Thüringen gezahlt, diese betragen in 2018 je 108 € im Monat je Kind.“

Beitragsfreies letztes Kitajahr

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des im Gesetzentwurf formulierten Anspruchs eines beitragsfreien Kitajahres stellt sich die Frage, welche Folgen sich ergeben, wenn im beitragsfreien letzten Kindergartenjahr Zurückstellungen von Kindern erfolgen. Je nach Größenordnung eines Trägers kann die Zahl der zurückgestellten Kinder zum Teil so hoch sein, dass bei dieser Zahl von Kindern eine Einrichtung betrieben werden könnte. (In Jena betrifft dies pro Jahr ca. 60 Kinder, bei 66 Kitas).

Fazit

Die Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen steht und fällt mit den Rahmenbedingungen. Auf diesen Zusammenhang haben verschiedenen Studien immer wieder hingewiesen. Sie betonen übereinstimmend die große Bedeutung der Strukturmerkmale für die Qualität der Bildungsprozesse und -ergebnisse im Elementarbereich:

Je günstiger die Fachkraft-Kind-Relation, je kleiner die Gruppen, je besser das Ausbildungsniveau der pädagogischen Fachkräfte und je mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung der Angebote zur Verfügung steht, desto höher ist die Qualität der pädagogischen Prozesse und die individuelle kindbezogene Förderung.



Der vorliegende Gesetzentwurf enthält zwar an einigen Stellen bereits positive Veränderungen, ist allerdings bei der wesentlichen Frage des Personalschlüssels, einer bisher nicht erfolgten Regelung einer Tarifbindung als Träger von Kindertageseinrichtungen (Voraussetzung für Zahlung von Landeszuweisungen) unzureichend ausgestaltet.

i. A. des ver.di – Landesbezirkes Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen



TAGESMÜTTER ERFURT E.V.

THUR. LANDTAG POST
11.06.2019 07:18

13077/2019

Tagesmütter Erfurt e.V. - Bei der Flutrinne 11, 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend
und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tagesmütter Erfurt e.V. www.tagesmuetter-erfurt.de
c/o

Bei der Flutrinne 11, 99094 Erfurt

Kontakt:

1.Vorsitzende

2.Vorsitzende

Email:

info@tagesmuetter-erfurt.de

Erfurt, den 10.06.2019

**Stellungnahme des Tagesmütter Erfurt e.V. und Landesverbands für Kindertagespflege
Thüringen zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes**

Anhörung zum Gesetzentwurf - DS 6/6956

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Übersendung des Gesetzes zur Änderung des Thüringer
Kindertagesbetreuungsgesetzes und danken für die Möglichkeit Stellung nehmen zu dürfen.

Wir begrüßen sehr, dass mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in
der Kindertagesbetreuung für den frühkindlichen Bereich finanzielle Mittel vom Bund für die
Länder zur Verfügung gestellt werden.

In Thüringen sollen diese Mittel insbesondere für den Betreuungsschlüssel, den
Personalschlüssel sowie ein weiteres elternbeitragsfreies Betreuungsjahr in der
Kindertagesbetreuung eingesetzt werden.

Leider findet die Kindertagespflege bei der Mittelzuwendung und der Änderung des Thüringer
Kindertagesbetreuungsgesetzes keine Berücksichtigung.

Unseres Erachtens ist es jedoch dringend erforderlich, um auch im Bereich der
Kindertagespflege die Qualität weiter zu entwickeln und die Rahmenbedingungen für die
Kindertagespflegepersonen zu verbessern, Änderungen im Thüringer Kindertagesbetreuungs-
gesetz vorzunehmen.

Zu einzelnen Aspekten, die Kindertagespflege betreffend, möchten wir daher wie folgt Stellung beziehen:

§ 19 Fortbildung Abs. 1

Auch Kindertagespflegepersonen wollen und sollen sich zum Zwecke der fachlichen Qualifizierung weiterbilden.

Forderung: Eine Freistellung für zwei Arbeitstage sowie Anerkennung derer als Arbeitszeit. Eine Formulierung im Gesetzestext kann wie folgt vorgenommen werden: Ergänzung des Satzes 1 durch „... desweiteren wird durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Kindertagespflegepersonen die Teilnahme an zwei Fortbildungsveranstaltungen im Jahr ermöglicht und diese als Arbeitszeit anerkannt.“

Begründung:

Eine Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit der Kindertagespflege zu der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung liegt nur dann vor, wenn auch die Kindertagespflegeperson seitens des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe für Fortbildungsveranstaltungen von der Arbeitsverpflichtung freigestellt wird.

§ 19 Fortbildung Abs. 3

Eine Berücksichtigung der Kindertagespflege bei den anzubietenden Fortbildungsveranstaltungen ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung und Gleichbehandlung der Kindertagespflege als gleichwertige Betreuungsform. Wir begrüßen diese Ergänzung.

Forderung: Diese vom Gesetzgeber festgeschriebene Aufgabe sollte auch vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe umgesetzt werden.

Begründung: in einigen Kommunen wird die gesetzlich festgeschriebene Aufgabe seitens des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nicht umgesetzt.

§ 23 Laufende Geldleistung bei Kindertagespflege Abs. 1

Wir möchten an dieser Stelle ein weiteres Mal darauf aufmerksam machen, dass die **Sachkostenpauschale** von 170 Euro pro Kind und Monat dringend einer Überprüfung bedarf. Nach wie vor ist unklar, auf welcher Berechnungsgrundlage dieser Wert beruht. Die Grundlage für die Höhe einer Pauschale von 300 Euro pro Kind/Monat als angemessene Betriebsausgabe wurde im Rundschreiben „Einkommenssteuerrechtliche Behandlung der

Geldleistungen für Kinder in Kindertagespflege" des Bundesministeriums der Finanzen vom 17. Dezember 2007 (BStBl. 2008 I, S. 17) festgelegt.

Forderung:

Darlegung und Überprüfung der Berechnungsgrundlagen zur Ermittlung der Sachkostenpauschale und entsprechende Anpassung sowie jährliche Anpassung der Sachkostenpauschale an die Inflation mittels einer Dynamisierung.

Zudem möchten wir an dieser Stelle noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass der Betrag für die Anerkennung der Förderleistung, der auf den Annahmen der Verwaltungsvorschrift des TMBJS vom 3. Dezember 2012 beruht, als Berechnungsgrundlage ebenfalls einer dringenden Überprüfung und Neuberechnung bedarf!

Begründung:

1. Für die Berechnung des Stundensatzes wurde eine 45-Stunden-Woche und nicht eine 40-Stunden-Woche zugrunde gelegt. Im Gesetz wird eine Ganztagsbetreuung mit 8 Stunden festgeschrieben!
2. Zusätzliche Arbeitszeiten wie Vor- und Nachbereitungen wurden nicht berücksichtigt.
3. Als maximal zu erwirtschaftendes Einkommen für eine Kindertagespflegeperson wurde das Gehalt eines Kinderpflegers der untersten Eingruppierungsstufe (TVöD SuE S2), d.h. ohne Berufserfahrung, zu Grunde gelegt. Die meisten Kindertagespflegepersonen üben die Tätigkeit der Kindertagespflegeperson als Zweitberuf aus und verfügen somit über einen Berufsabschluss und sind lebenserfahren, im Gegensatz zu dem in der Regel sehr jungen Absolventen der Kinderpflege.
4. Im Jahresmittel betreut eine Kindertagespflegeperson durchschnittlich keine fünf Kinder, sodass aufgrund von Fehlzeiten seitens der Belegung, das potentielle Gehalt eines Kinderpflegers nicht erreicht werden kann.

Forderung:

Änderung des Stundensatzes auf Basis der Berechnungsgrundlage einer 40-Stunden-Woche. Desweiteren die Berücksichtigung der jährlichen Inflation: Jeder Arbeitnehmer erhält eine jährliche Anpassung seines Gehaltes. Selbstständige können über ihre Leistungen selbst entscheiden. Wir werden zwar als selbstständig eingestuft, haben aber keine Möglichkeit unsere Vergütung der jährlichen Inflation anzupassen. Daher ist eine Dynamisierung der Förderleistung dringend notwendig. Dieses sollte auch im Gesetz verankert werden.

Werden die oben genannten Punkte (40 Std./Woche und Dynamisierung) berücksichtigt ergibt sich auf der Basis des TVöD SuE S2 eine Förderleistung von 3,06 EUR pro Kind/Stunde. Dies ergibt bei 20 Arbeitstagen einen Monatswert von 490 EUR (anstatt 404,00 EUR). Somit sollte die Formulierung wie folgt lauten:

“... darf bei einer Ganztagsbetreuung 490 EUR je Kind und Monat im Jahresmittel (Stand 2019) nicht unterschreiten. Hierbei ist jedoch eine jährliche Dynamisierung des Wertes zu berücksichtigen.“

Begründung: Die Vergütung der Kindertagespflegepersonen sollte angemessen sein und nach Berücksichtigung aller Faktoren sowie der hohen Qualität in der Kindertagespflege die Untergrenze der Einstufung S4, eines „Kinderpflegers mit schwieriger Tätigkeit“ nicht unterschreiten.

§ 23 Laufende Geldleistung bei Kindertagespflege Abs. 2

Die Bestimmung des neuen Abs. 2, der Verpflichtung des Ministeriums zu einer regelmäßigen Evaluation der Kostenentwicklung in der Kindertagespflege ist unseres Erachtens dringend erforderlich und muss auch entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen.

Auch eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des neuen ThürKitaG's, wird in einigen Kommunen noch immer nicht die im Gesetz festgeschriebene Ganztagsbetreuung von 8 Stunden pro Tag und somit 40 Stunden pro Woche umgesetzt!

So wird z.B. in einer Kommune die im Gesetz festgelegte Sachkostenpauschale von 170 Euro pro Kind und Monat nur dann ausgezahlt, wenn das Kind mindestens neun Stunden am Tag betreut wird.

Anmerkung:

Die in § 23 Abs. 2 gewählte Formulierung berücksichtigt nicht die Kostenentwicklung für die Kindertagespflegepersonen. Es sei uns gestattet an dieser Stelle noch einmal darauf hinzuweisen, dass eine Anpassung an die allgemeine Kostenentwicklung, die auch die Kindertagespflegepersonen betreffen, über eine mindestens im Gesetz zu verankerten Dynamisierung, sowohl für die Sachkosten als auch für die Förderleistung als konstante Maßnahme angemessen erscheint.

Forderung:

Dringende Überprüfung der Regelungen zur Vergütung der Förderleistung und Sachkostenpauschale in den einzelnen Kommunen.

Neuberechnung und sofortige Anpassung an die gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung einer Dynamisierung.

D.h. eine definierte Dynamisierung für die Sachkosten in Anlehnung an die jährliche Inflationsrate sowie für die Förderleistung an die Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst.

Begründung:

Eine Dynamisierung in Anlehnung an die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst für die Höhe der Förderleistung sowie eine konstante Erhöhung der Sachkosten in Anlehnung an die jährliche Inflationsrate ist eine unmittelbare und angemessene Vorgehensweise.

Eine Formulierung im Gesetzestext kann wie folgt vorgenommen werden: „Eine Dynamisierung in Anlehnung an die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst ist auch für die Kindertagespflege anzuwenden. Hierbei werden die Tätigkeitsjahre der Tagespflegepersonen im Bereich Kindertagespflege durch die Eingruppierung in unterschiedliche Entgeltstufen des TVöD vorgenommen.“

Dabei ist die zunächst niedrigste Eingruppierung nach TVöD SuE S4 als angemessen zu betrachten. Hierauf weist auch der Landesjugendhilfeausschuss in seiner Stellungnahme (Drucksache 6/1922) vom 13. Februar 2019 hin.

§ 31 Infrastrukturpauschale Abs. 2 Nr. 1

Wir begrüßen sehr die Klarstellung, dass auch Investitionen in die Kindertagespflege förderfähige Infrastrukturmaßnahmen im Sinne des Gesetzes sind.

Forderung: Einbeziehung der Kindertagespflege.

Begründung: Auch eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des neuen ThürKitaG's, wird in einigen Kommunen noch immer nicht die im Gesetz festgeschriebene Gleichstellung der Kindertagespflege berücksichtigt. In vielen Kommunen erfolgte noch keine Umsetzung des Gesetzes auf kommunaler Ebene. Die Kindertagespflegepersonen haben keine Möglichkeit, Fördermittel zu beantragen.

Fazit:

Es bleibt anzumerken, dass sich die in der Neufassung des KitaG's erarbeiteten Verbesserungen der Rahmenbedingungen bisher nur marginal auswirken. Sie sind als nur ein erster Schritt anzusehen. Eine festgeschriebene Dynamisierung wird unseres Erachtens eine weitere

Etablierung und deutliche Erhöhung der Qualität in der Kindertagespflege zur Folge haben. Eine verbesserte Vergütung (Einstufung TVöD Su2 S4) kann die zum Teil hohe Fluktuation im Bereich der Kindertagespflege, zugunsten eines stetigen und erfahrenden KTP-Pools mit langjähriger Berufserfahrung und qualitativ sowie quantitativ hohem Maß an Weiterbildungen, deutlich verringern. So beenden nach wie vor viele Kindertagespflegepersonen ihre Tätigkeit aufgrund der sehr geringen Vergütung, einer daraus resultierenden bevorstehenden Altersarmut sowie weiterer ungünstiger Rahmenbedingungen nach einigen Jahren ihre Tätigkeit.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal an Sie appellieren, die Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege deutlich zu verbessern, um auch in Zukunft den Eltern das per Gesetz festgeschriebene Wunsch- und Wahlrecht (vgl. § 1 ThürKitaG) anbieten zu können. Dabei sollte auch Berücksichtigung finden, dass die Kindertagespflegepersonen, die für das Gemeinwohl tätig sind, zwar als selbstständig gelten, durch die bestehenden Rahmenbedingungen aber nicht die Möglichkeit haben, durch Mehrarbeit Rücklagen zu bilden. Die einzige Möglichkeit zur Erwirtschaftung eines Zusatzeinkommens zur Kompensation der Finanzausfälle besteht darin, zu den in der Regel gegebenen 45 bis 50 Arbeitsstunden pro Woche eine zusätzliche Arbeit aufzunehmen. Dieses ist jedoch aus unserer Sicht der falsche Weg und entspricht auch sicherlich nicht der Fürsorgepflicht des Staates. Die Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege sollten derart geregelt sein, dass eine Kindertagespflegeperson bei einer Regelarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche für ihren Lebensunterhalt aufkommen kann.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

1. Vorsitzende
Tagesmütter Erfurt e.V.

2. Vorsitzende
Tagesmütter Erfurt e.V.

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
-Drucksache 6/6956-

Datum
01.06.2019

Zum vorgelegten Gesetzentwurf nimmt die Landeselternvertretung Kita (TLEV K) wie folgt Stellung;

Unser Zeichen:

Zum 1. Januar 2018 trat in Thüringen die Novellierung des ThürKitaG in Kraft. Die Neufassung war der Schlüsselpunkt, einer intensiv und sehr kontrovers geführten Debatte, welche mehr Zeit in Anspruch nahm als von allen Beteiligten zunächst erwartet.

Thüringer
Landeselternvertretung
Kindertagesstätte

Vorsitzende:

Die Elternvertretungen in für Kindertagesstätten wurden im Rahmen der Gesetzesnovellierung von 2018 mit einer verlängerten Amtszeit von zwei Jahren ausgestattet, welche die Kontinuität der Elternmitwirkung und deren qualitativen Anspruch stärken sollte und auch maßgeblich gestärkt hat.

es@tlev-kita.de

Stellvertreter:

Dass innerhalb der bestehenden Amtszeit der Landeselternvertretung nun eine weitere Veränderung der Parameter für frühkindliche Bildung in Gesetzesform gefasst werden soll, verstehen wir als großen Erfolg, auch der Elternmitwirkung. Thüringen versteht sich als Land Friedrich Fröbels und damit als Vorreiter auf dem Weg der frühkindlichen Bildung. Insoweit ist es konsequent und richtig, nicht auf dem Stand von 2018 zu verweilen, sondern stetig die weitere Verbesserung der Bildungseinrichtungen voranzutreiben.

ses@tlev-kita.de

www.tlev-kita.de

Die Elternvertretungen auf Bundes- und Landesebene haben, wie die Länder, Kommunen und Freien Träger lange und laut eine strukturelle, auf Dauer angelegte und auskömmliche Mitfinanzierung des Bundes im System der Kindertageseinrichtungen gefordert.

Geschäftsstelle:
Thüringer Landeselternvertretung
Kindertagesstätten
Werner-Seelenbinder-Str. 7
99096 Erfurt

Die im Rahmen des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (im folgenden Gute-Kita-Gesetz) nun zur Verfügung gestellten Mittel reichen in Höhe und aufgrund mangelnder Verstetigung nicht ansatzweise aus, um die steigenden Bedarfe zu decken oder zu einer breit spürbaren Entlastung der Beteiligten zu führen. Die mangelnde finanzielle Ausstattung und nicht gesicherte Verstetigung der Mittel haben zu einem „Verteilungskampf“ geführt, welcher auch vor Thüringen nicht Halt gemacht hat.

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

Dennoch ist es, anders als in vielen anderen Bundesländern gelungen, im Kindergartenland einen Konsens zu finden zwischen den Beteiligten.

Die mit den Bundesmitteln, durch Landesmittel in nicht unerheblichem Umfang aufgestockt, werden für Qualitätsverbesserung und Bildungsgerechtigkeit investiert. Thüringen reiht sich damit nicht ein in den Reigen der Bundesländer, welche sich auf die Verteilung der Bundesmittel beschränken, ohne sich einem partizipativen Prozess mit den Beteiligten zu stellen.

Die Kritik, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel würden nur in Betragsfreiheit investiert, wird von dem vorliegenden Änderungsentwurf zumindest für Thüringen widerlegt.

Mittel- und langfristig werden weitere Anstrengungen notwendig sein, die frühkindliche Bildung qualitativ auszubauen und Bildungsgerechtigkeit durch vollständige Beitragsfreiheit zu erreichen. Dabei darf keines der beiden Ziele priorisiert werden denn jedes Kind hat das Recht auf gute Bildung, auf das Beste, was eine Gesellschaft geben kann, unabhängig davon, aus welchem wirtschaftlichen Hintergrund ein Kind stammt.

Insgesamt ist festzustellen, dass das System Kita in der laufenden Legislatur eine Bewegung erfahren hat, welche sei vielen Jahren angemahnt war und deren dringende Notwendigkeit spätestens nach dem Bürgerbegehren für bessere Kinderbetreuung hätte deutlich sein müssen.

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

I. Mindestpersonalschlüssel

§ 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert

aa)Nummer 5 erhält folgende Fassung:

"5. 14 Kinder im Alter zwischen dem vollendeten vierten und vor Vollendung des fünften Lebensjahres,"

bb) Nach Nummer 5 wird folgende neue Nummer 6 eingefügt:

*"6. 16 Kinder im Alter nach dem vollendeten fünften Lebensjahres bis zur Einschulung
oder"*

cc) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 7.

Häufig wird Thüringen im bundesweiten Vergleich der Fachkraft-Kind-Schlüssel im mittleren Drittel der Bundesländer verortet. Eine Entwicklung des Personalschlüssels, hin zu wissenschaftlich anerkannten Relationen, ist eine Forderung, welche auch die Landeselternvertretung seit vielen Jahren vertritt.

Gleichwohl hat der Fachkräftemangel ein inzwischen für jede Einrichtung im Land spürbares Maß erreicht und eröffnet damit ein Spannungsfeld, mit hohem Potenzial.

Die angestrebten Verbesserungen im Betreuungsschlüssel generieren neben den inzwischen deutlich spürbaren Auswirkungen des demographischen Wandels einen signifikant höheren Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern sowie Auszubildenden. Demgegenüber steht eine schwindende Zahl von Bewerbern, welche sich konkurrierenden Branchen gegenübersehen.

Die Lösung kann nicht darin bestehen, das in Thüringen sehr konsequent geregelte Fachkräftegebot des § 16 ThürKitaG zu relativieren. Das Fachkräftegebot in der vorliegenden Form stellt die Eigenschaft der Kindertageseinrichtung als Ort frühkindlicher Bildung in den Vordergrund. Die im Thüringer Bildungsplan angelegten und wissenschaftlich unterlegten Bildungsziele bedürfen der Arbeit ausgebildeter Fachkräfte. Die stets wiederkehrende Forderung nach Einsatz von fachlich nicht oder nur teilweise geeignetem Personal lehnt die Elternvertretung strikt ab.

Die mit der gesetzlichen Regelung vorgeschlagene, stufenweise Anhebung des Fachkraft-Kind-Schlüssels, beachtet dieses Spannungsfeld.

Nachdem bereits die Altersgruppe der 3-4jährigen eine deutliche

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

Verbesserung der Fachkräfte in den Gruppen erfahren haben. Ist es nun die Altersgruppe der 4-5jährigen.

Im Rahmen der Verbesserung des Personalschlüssels der 3-4jährigen wurde der, dieser Alterskohorte sichtbar immanente, erhöhte Betreuungs- und Pflegeaufwand umfänglich thematisiert.

Viele Einrichtungen arbeiten (noch) nicht mit offenen Konzepten und der Schlüssel von 1:12 bei Kindern, welche teilweise noch Windeln benötigen bzw. im „Trockenwerden“ sind, sollte die Untergrenze in den Kleinkindgruppen darstellen.

Dem nähert sich der geplante Schlüssel der Alterskohorte der 4-5jährigen an, wenn er ihn auch nicht erreicht.

Mit der geplanten gesetzlichen Regelung werden in Thüringen mindestens 600 Fachkräfte zusätzlich benötigt (600 VBE). Diese Zahl übersteigt die Gruppe der Absolventen deutlich und wird die Träger von Kindertageseinrichtungen vor enorme Herausforderungen stellen.

Die Landeselternvertretung sieht im schrittweisen Ausbau der Fachkraft-Kind-Relation bei gleichzeitiger Verbesserung der Ausbildungsbedingungen den stabilsten Weg hin zu besten Bildungsbedingungen in den Einrichtungen.

Die Verbesserungen müssen stetig, verlässlich, aber auch realistisch in ihrer Umsetzung bleiben. Die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation darf nicht zu einem Abbau von Plätzen in den Einrichtungen führen; weil strukturell zu wenige Erzieherinnen und Erzieher verfügbar sind. Andernfalls ist die Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz in Gefahr.

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

II. Beitragsfreiheit

§ 30 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Für die Betreuung eines Kindes in einer Kindertageseinrichtung darf im Zeitraum der letzten 24 Monate vor Schuleintritt (erster Schultag der Schulanfänger) kein Elternbeitrag geltend gemacht werden (Elternbeitragsfreiheit). Für die Elternbeitragsfreiheit gelten die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 Satz 1, § 21 Abs. 2 entsprechend. Wird ein Kind nach § 18 Abs. 3 ThürSchulG zurückgestellt, darf bis zu seinem ersten Schultag kein Elternbeitrag geltend gemacht werden. Bei Trägern nach § 6 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 hat die Gemeinde im Rahmen des Einvernehmens nach § 29 Abs. 1 Satz 3 sowie dem Vertrag nach § 3 Abs. 3 Satz 2 sicherzustellen, dass die Träger die Elternbeitragsfreiheit nach Satz 1 berücksichtigen."

Laut einer Erhebung der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2018 müssen Eltern in Thüringen durchschnittlich 7,2 Prozent des Nettofamilieneinkommens für die Deckung der Kosten für Kindergarten und Kinderkrippe aufwenden. Damit steht Thüringen an viertoberster Stelle der Bundesländer, noch vor Bundesländern wie Bayern (6,1 Prozent), Baden-Württemberg (6,7 Prozent), Nordrhein-Westfalen (6,4 Prozent), Hessen (6,9 Prozent) und Rheinland-Pfalz (2,4 Prozent).

Mit dem Koalitionsvertrag von 2014 haben sich die Fraktionen von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Einstieg in die Beitragsfreiheit für den frühkindlichen Bereich bekannt. Der Anfang wurde mit der Einführung des beitragsfreien Vorschuljahres gemacht. Die stufenweise Weiterführung dieser Entwicklung ist eine Notwendigkeit. Dies wird nicht nur an den Zahlen der Bertelsmann Stiftung deutlich, welche eine überdurchschnittliche Belastung der Eltern in Thüringen eindrucksvoll belegen.

Aus vielerlei Gründen kann Thüringen es sich nicht erlauben, Kindern aus monetären Gründen die Bildung im Kindergarten vorzuenthalten.

Sei es das Versprechen, welches jedem Kind mit seiner Geburt in diesem Land gegeben wurde auf gleichberechtigte und erfolgreiche Teilnahme an der Gesellschaft, welche nur durch gute Bildung erreicht werden kann.

Sei es die beängstigende gesellschaftliche Radikalisierung, die Aufgabe der demokratischen Normen und Werte, welche unsere Gemeinschaft zusammenhalten.

Seien es wirtschaftliche Erwägungen im Hinblick auf die zukünftige und heutige Entwicklung der Fachkräftesituation und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

Thüringen befindet sich, fest im Griff des demographischen Wandels. Jeder und jede wird zukünftig mit aller vorhandenen Kraft benötigt werden, um die Zukunft dieses Bundeslandes zu sichern.

Das Argument, Familien mit niedrigen Einkommen leisteten ohnehin keine Beiträge bzw. Gebühren, verfängt nicht.

Anders als häufig angenommen, sind Familien mit niedrigem Einkommen nicht per se von Gebühren befreit. Sie können allenfalls eine Erstattung bzw. Übernahme der Beiträge als Sozialleistung beantragen. Hierfür ist eine Offenlegung aller finanziellen Ressourcen und Einnahmen der Familie bzw. die Vorlage eines sog. Sozialpasses notwendig. Zusammengefasst, die amtliche Bestätigung von Armut. Die damit verbundene Stigmatisierung ist so offensichtlich wie vermeidbar.

Gleichzeitig gibt es derzeit jedoch keinen gesellschaftlichen Konsens darüber, die Beiträge lediglich für Familien mit geringem Einkommen vollständig abzuschaffen. Durch eine solche Bevorzugung würde die Trennung in ein „die und wir“ weiter manifestiert, was nicht geeignet ist, den gesellschaftlichen Frieden aufrecht zu erhalten.

Der einzige Weg, einem Ungerechtigkeitsgefühl vorzubeugen, ist die vollständige Überführung der Kosten der frühkindlichen Bildung in die gesamtgesellschaftliche Finanzierung, also die vollständige Abschaffung der Beiträge.

Nach der Einführung des beitragsfreien Vorschuljahres wurden in einer Vielzahl von Kommunen und Einrichtungen die Gebühren teils in erschreckendem Maße angehoben. Die Ursache dieser Anhebungen kann dabei nur vermutet werden. In den durch uns betreuten Fällen waren es teils Neukalkulationen nach vielen Jahren der relativen Konstanz, teils Mitnahmeeffekte zu Lasten der Eltern, um kommunale Haushalte zu entlasten.

Neben gesetzteskonformen, transparenten Neukalkulationen unter Einbeziehung der Elternvertretungen vor Ort gab es eine Reihe von Erhöhungen im Grenzbereich.

Insbesondere die Eingriffe in die Sozialstaffelungen dienten der Einnahmeerhöhung auf Seiten der Kommunen. Wurden bisher alle kindergeldberechtigten Kinder einer Familie als sog. „Zählkinder“ geführt, wurden nach den Änderungen lediglich noch in der Einrichtung betreute Kinder im Rahmen der sozialen Staffelung berücksichtigt.

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

Die derzeitige gesetzliche Regelung lässt auch zu, dass Kinder, welche sich im beitragsfreien Vorschuljahr befinden aus der sozialen Staffelung herausgenommen werden und nicht mehr als „Zählkinder“ gelten. Dem ist durch eine gesetzliche Klarstellung dringend Einhalt zu gebieten da die Einnahmeverluste durch Beitragsfreiheit auf Seiten der Kommunen durch Zahlungen des Landes vollständig ausgeglichen werden.

Dem § 30 ThürKitaG sollte daher ein sechster Absatz angefügt werden, dass die Elternbeitragsfreiheit gem. der Absätze 1 bis 5 die Bestimmungen zur sozialen Staffelung unberührt lassen. Insbesondere in den Fällen, in denen die soziale Staffelung nach der Anzahl der Kinder erfolgt, welche gleichzeitig das Angebot einer Kindertagesbetreuung in derselben Einrichtung des jeweiligen Trägers in Anspruch nehmen, ändert sich an der Anzahl der im Rahmen der Sozialstaffelung zu berücksichtigenden Kindern nichts.

Die zur Veränderung der Parameter der frühkindlichen Bildung werden in großen Teilen aus Bundesmitteln bereitgestellt. Daher müssen für die Verwendung der Mittel die einschlägigen bundesgesetzlichen Regelungen gelten. Landesrecht darf insoweit Bundesrecht nicht brechen.

Mit dem Beschluss des Bundestages vom 19. Dezember 2018 wurde in Art. 2 Nr. 2 c die Regelung des § 90 Abs. 3 SGB VIII wie folgt geändert,

„ (3) Im Fall des Absatzes 1 Nummer 3 sind Kostenbeiträge zu staffeln. Als Kriterien für die Staffelung können insbesondere das Einkommen der Eltern, die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit des Kindes berücksichtigt werden. Werden die Kostenbeiträge nach dem Einkommen berechnet, bleibt das Baukindergeld des Bundes außer Betracht. Darüber hinaus können weitere Kriterien berücksichtigt werden.

Während das Bundesrecht also die Sozialstaffelung nach kindergeldberechtigten Kindern vorsieht, lässt die landesrechtliche Regelung diese Frage offen und eröffnet damit Räume, welche bundesgesetzlich nicht gedeckt sind. Um die verfassungsrechtlich bedenklichen Kollisionen zu vermeiden

In § 29 Abs. 2 S. 2 ThürKitaG sollte daher die Klarstellung „kindergeldberechtigte“ Kinder eingefügt werden.

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

II. Erhöhung der Zeiten fachlicher Arbeit außerhalb der Gruppen und Ausfallzeiten aufgrund urlaubs- sowie krankheitsbedingter Ausfälle

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Der zur Wahrung des Kindeswohls bei der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung erforderliche Beschäftigungsumfang der pädagogischen

Fachkräfte ergibt sich bei Verwendung eines Personalschlüssels von

- a) 0,36 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 1,
- b) 0,24 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 2,
- c) 0,18 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 3,
- d) 0,12 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 4,
- e) 0,103 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 5 und

- f) 0,09 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind nach Absatz 2 Nr. 6.

Der Personalschlüssel nach Satz 1 beruht auf den Anforderungen von Absatz 2, berücksichtigt die fachliche Arbeit außerhalb der Gruppen sowie die möglichen Ausfallzeiten durch Urlaub oder Krankheit und bezieht sich auf eine tägliche Betreuungszeit im Umfang von neun Stunden. Der Personalschlüssel für Kinder nach Absatz 2 Nr. 7 beträgt ausgehend von einer Betreuung im Umfang von vier Stunden 0,032

Vollzeitbeschäftigteneinheiten je betreutem Kind. Bei einer geringeren oder höheren vereinbarten täglichen Betreuungszeit eines Kindes ist der für die Betreuung dieses Kindes geltende Personalschlüssel entsprechend anzupassen.

Die Anpassung der nicht gruppenbezogenen, pädagogischen Arbeit spiegelt die steigenden Ansprüche an die Bildungseinrichtung Kindergarten wider. Den Fachkräften muss die Möglichkeit gegeben sein, auch als solche zu arbeiten, was umfangreiche Vor- und Nachbereitung sowie Dokumentation erforderlich macht.

Gleichzeitig finden die erhöhten Fehlzeiten aufgrund Krankheit und Urlaub eine realistische Betrachtung.

Dennoch werden Träger von Kindertageseinrichtungen auch zukünftig nicht davon entbunden sein können, tragfähige Personalentwicklungskonzepte und ein Gesundheitsmanagement für die Mitarbeitenden vorzuhalten. Dies ist bislang bei weitem nicht die Regel und bedarf dringend der Ausweitung.

Thüringer Landeselternvertretung für Kindertagesstätten

IV. Kindergarten

In Anlehnung an die Initiative „Die Welt spricht Kindergarten“ sollte es den Einrichtungen des Landes freigestellt werden, sich als „Kindergarten“ zu benennen, auch wenn es sich um gemeinschaftlich geführte Einrichtungen handelt. Umgangssprachlich findet der Begriff des „Kindgartens“ Anwendung, dem sollte das Gesetz Rechnung tragen.

Das Fröbelland Thüringen kann dem „Erfinder des Kindergartens“ mit einem Namenswahlrecht ein Denkmal setzen und die Verdienste um die frühkindliche Bildung würdigen.

Mit dem Recht den Begriff „Kindergarten“ als Namensbestandteil zu übernehmen, bliebe die Gesetzessystematik als solche erhalten.

Ein solches Wahlrecht sollte allen Einrichtungen unabhängig ihres pädagogischen Konzeptes eingeräumt werden.

Weimar, den 01.06.2019

Mit freundlichen Grüßen

Katholisches Büro Erfurt

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
12.06.2019 07:08

1322512019

Katholisches Büro, Postfach 80 06 62, 99032 Erfurt

99084 Erfurt, Hermannsplatz 9

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Tel.: 0361 6572-214
Fax: 0361 6572-217
E-Mail: kath.buero@bistum-erfurt.de
Datum: 11. Juni 2019

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (bitte stets angeben)

Stellungnahme des Katholischen Büros Erfurt zum Gesetz des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes – Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlich danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 2. Mai dieses Jahres und die Möglichkeit der Stellungnahme zu o.g. Gesetzentwurf. Namens der von mir vertretenen Bistümer Erfurt, Dresden-Meißen und Fulda erkläre ich folgendes:

Bei der letzten Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes (ThürKitaG) hat die Katholische Kirche die Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres abgelehnt. Wesentlicher Grund hierfür war, dass wir die Verbesserung des Betreuungsschlüssels für sehr viel dringlicher eingeschätzt haben.

Zur Ausweitung der Beitragsfreiheit:

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht nun sowohl die Verbesserung des Betreuungsschlüssels als auch die weitere Ausdehnung der Beitragsfreiheit vor. Wenngleich wir auch jetzt die noch weitergehende Verbesserung des Betreuungsschlüssels gegenüber der Einführung eines zweiten beitragsfreien Besuchsjahres bevorzugt hätten, betrachten wir die Verbindung beider Elemente grundsätzlich als gangbaren Weg.

Allerdings bleibt bezüglich der Beitragsfreiheit unsere Befürchtung bestehen, dass die finanzielle Entlastung tendenziell bei den Eltern am höchsten ist, für die die Zahlung der Elternbeiträge am wenigsten problematisch ist.

Zu Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzentwurfs:

Die beabsichtigten Änderungen in § 16 Absatz 2 werden grundsätzlich begrüßt, gleichzeitig bedauern wir, dass der Betreuungsschlüssel konkret nur für Kinder vom vollendeten vierten bis zum voll-

endeten fünften Lebensjahr verändert wird. Damit dürfte zwar in der Praxis eine durchschnittliche Verbesserung in den überwiegend altersgemischten Gruppen verbunden sein. Aus unserer Sicht ist aber eine weitere Verbesserung in allen Altersstufen erforderlich, da Thüringen auch nach dieser geplanten Änderung im Bundesvergleich einen der höchsten Betreuungsschlüssel aufweisen und weiter hinter den Richtzahlen der Europäischen Union zurückbleiben wird.

Die ebenfalls vorgesehene Ausweitung des Personalschlüssels wird positiv bewertet. Es ist zu hoffen, dass damit sichergestellt wird, dass die Verbesserung des Betreuungsschlüssels nicht zulasten der pädagogischen Arbeit außerhalb der Gruppe und der Fortbildung der Fachkräfte geht. Diese Anforderung sollte zu gegebener Zeit in adäquater Weise evaluiert werden.

Zur Fachkräftegewinnung:

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen bedeuten einen erheblichen Mehrbedarf an pädagogischen Fachkräften für den frühkindlichen Bereich. Im Rahmen der Umsetzung des sog. „Gute-KiTa-Gesetzes“ des Bundes soll in Thüringen auch die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) zum Erzieher bzw. zur Erzieherin erprobt werden. Dies nimmt eine langjährige Forderung der Katholischen Kirche auf und wir daher ausdrücklich begrüßt.

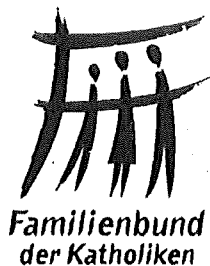
Die Verankerung dieses Modellvorhabens erfolgt derzeit auf dem Verordnungsweg, ist also nicht Teil dieses Gesetzentwurfes. Dennoch möchte ich die Gelegenheit nutzen, unserer Kritik darüber Ausdruck zu verleihen, dass die Erprobung der PiA ausschließlich an Staatlichen Berufsbildenden Schulen erfolgen soll. Die überwiegende Zahl der Ausbildungs- und Arbeitsplätze befinden sich jedoch in freier Trägerschaft. Es wäre daher aus unserer Sicht nur folgerichtig gewesen, bei der Erprobung auch eine Berufsschule in freier Trägerschaft einzubeziehen.

Wir gehen davon aus, dass sich die PiA langfristig etablieren wird. Daher möchte ich schon an dieser Stelle unserer Erwartung Ausdruck verleihen, dass auch freie Träger der beruflichen Bildung nach Ende des Modellversuchs in die Lage versetzt werden, diesen Ausbildungsgang dauerhaft anbieten zu können.

Sehr geehrte Damen und Herrn Abgeordnete, in der Hoffnung, mit diesen Ausführungen einen hilfreichen Beitrag zu Ihren aktuellen Beratungen und künftigen Weiterentwicklungen geleistet zu haben, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Leiter des Katholischen Büros



THÜR. LANDTAG POST
12.06.2019 07:14

13226/2019

Familienbund der Katholiken · Herrmannsplatz 9 · 99084 Erfurt

Familienbund der Katholiken
im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/3096

zu Drs. 6/6956

Den Mitgliedern des
AfBJS

11. Juni 2019

Stellungnahme des Familienbundes der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zum o.g. Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/6956 - Stellung zu nehmen und kommen dieser hiermit gern nach.

Mit dem Entwurf des Änderungsgesetzes soll die Verwendung, der vom Bund durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Gute-KiTa-Gesetz) bereit zu stellenden Mittel in Thüringen, geregelt werden.

Gefördert werden durch das Gute-KiTa-Gesetz sowohl qualitätsverbessernde Maßnahmen als auch die Beseitigung von Zugangshürden.

Vorliegender Gesetzesentwurf sieht eine Änderung des Personalschlüssels, des Betreuungsschlüssels und ein weiteres betragsfreies Betreuungsjahr in den Kindergärten Thüringens vor.

Betreuungs-/Personalschlüssel

Grundsätzlich begrüßen wir die vorgesehenen Verbesserungen beim Personal- und Betreuungsschlüssel. Mehr Personal bietet schlichtweg mehr Möglichkeiten auf die Bedürfnisse der einzelnen Kinder einzugehen. Dass dies beispielsweise bei einem Betreuungsschlüssel von 1:16 bei den Vorschülern gewährleistet ist, sehen wir eher nicht. Wir dürfen nicht vergessen, die ersten Lebensjahre sind prägend und entscheidend für die Entwicklung der Kinder. Interessen und Fähigkeiten bilden sich insbesondere in diesen ersten Lebensjahren heraus. Diese sollten gehegt und gepflegt werden. Eine reine ‚Spielplatzaufsicht‘ wird dem wohl nicht gerecht werden können. Daher die Frage: Ist wirklich mehr möglich angesichts

dieses Betreuungsschlüssels? Kann mit diesem Betreuungsschlüssel der Thüringer Bildungsplan faktisch umgesetzt werden?

Wie jedoch vorangestellt, begrüßen wir auch diesen kleinsten Schritt, der im Hinblick auf die nun neu extra berücksichtigte Gruppe der Kinder im Alter zwischen dem vollendeten vierten und dem vollendeten fünften Lebensjahr unternommen wird.

Die Verbesserung des Personalschlüssels wird als Qualitätsverbesserung gewertet und als wesentliche Regelung in dem Gesetzesentwurf gesehen. Zu prüfen und bei weiteren Verbesserungen zu fokussieren sind Maßnahmen, die die tatsächliche Umsetzung dieser Schlüssel gewährleisten. Die Verfügbarkeit qualifizierter Erzieherinnen ist erschwert: Die Verlängerungen der Lebensarbeitszeiten wirkt sich auf die Altersstrukturen des Personals aus. Der demografische Wandel zeigt sich im Fachkräftemangel und es gibt große Unterschiede zwischen tarifgebundenen und ungebundenen Vergütungssystemen.

Wie werden die Träger von Kindertageseinrichtungen bei der Gewährleistung der Personalschlüssel herausgefordert? Wird mit vorliegendem Gesetzesentwurf, der die Verwendung von Bundesmitteln beinhaltet, der verfassungswidrig hohen regionalen Ungleichheit zwischen den Bundesländern entgegengewirkt?

Elternbeitragsfreies Betreuungsjahr

Angesichts der hohen Bedarfsquote von 97 % der sog. U6 Kindern (Vgl. DJI, Kinderbetreuungsreport 2018) die im Kindergarten betreut werden, stellen sich die Fragen:

Welche Hürden sollen denn hier beseitigt werden?

Welche Familie entschließt sich aufgrund der Beitragsfreiheit ein Kind ab dem vorletzten Jahr vor Schulbeginn im Kindergarten anzumelden?

Wie viele Kinder wurden aufgrund der Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr thüringenweit für dieses Kindergartenjahr angemeldet?

Für Kinder aus finanziell schwachen Familien besteht im Elternbeitrag keine Hürde zum Kindergartenbesuch, da Sozial- bzw. Jugendämter eine Kostenübernahme nach dem Sozialgesetzbuch ermöglichen, sofern nicht die trägerinternen sozialen Staffeln ausreichend entlasten

Für Kinder aus Familien mit höheren Einkommen, kann der Elternbeitrag erkennbar keine Hürde sein, denn diese Kinder sind in der Regel betreut, wenn die Eltern hohe Einkommen aus Erwerbsarbeit erzielen. Wobei diese Eltern durch die Beitragsfreiheit gleichzeitig eine ggf. mögliche Einkommenssteuerentlastung nicht erzielen und somit mehr Steuern zahlen. Diese Eltern verlieren durch die Beitragsfreiheit den Steuerabzug der Kinderbetreuungskosten. Hierdurch bedingte Steuermehreinnahmen des Freistaats, werden vorliegend bei der Gegenfinanzierung der Aufwendungen für die Beitragsfreiheit nicht erwähnt.

Grundsätzlich sind wir für jede konkrete finanzielle Entlastung von Familien, sodass die Beitragsfreiheit dahingehend begrüßt wird. Eltern leisten elementare Aufgaben für die Gesellschaft. Nach Artikel 17 – 19 – insbes. Art. 19 Absatz 3 ist es Auftrag der Thüringer Verfassung, Familien zu unterstützen. Bildung sollte grundsätzlich für alle Kinder – unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern – verfügbar sein. Thüringen muss sich dies leisten können. Die hohen Steuereinnahmen in Thüringen ermöglichen – ergänzend zur Verwendung der Bundesmittel – die Verwirklichung des Verfassungsauftrages im erforderlichen Niveau.

Dass die Einführung eines vorletzten beitragsfreien Betreuungsjahres den Zugang zu frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung verbessert, kann diesseits nicht gesehen werden. Die vom Bund im Rahmen des Gute-KiTa-Gesetz bereitgestellten Mittel werden dahingehend zweckentfremdet. Sie entlasten offenbar auch die kommunalen Administrationen und – insbesondere bei intransparenten Kostenstrukturen – möglicherweise nicht nur die Eltern, sondern vor allem auch die Gebietskörperschaften bei der Erfüllung des Auftrages nach Art. 19 Absatz 3 Thüringer Verfassung. Das beitragsfreie Jahr leistet keinen Beitrag zur Qualitätsverbesserung und beseitigt keine Hürden, wo keine Hürden sind.

Wir als Familienverband fordern daher die vom Bund zusätzlich bereit gestellten finanziellen Mittel für markante Qualitätsverbesserungen und die Gewährleistung der notwendigen Standards einzusetzen.

Das Geld sollte in Qualifizierung des Personals und in die Gewinnung von Personal investiert werden. Ohne gutes Personal bleiben auch verbesserte Personal- und Betreuungsschlüssel mehr Wunsch als Realität.

Das Geld sollte in Ausstattung der Kindergärten investiert werden. Auch hier herrscht zum Teil erheblicher Nachholbedarf.

Das Geld sollte für Angebote bereitgestellt werden, bei denen Kinder praktische und lebensrelevante Dinge erlernen, bei denen Kinder Erfahrungen aus unterschiedlichen Berufen machen können. Eine Unterstützung des Personals kann so auch punktuell mit Externen erfolgen. Auch dies ist Qualitätsverbesserung.

Familien sind Qualität und Beitragsfreiheit in gleicher Weise wichtig. Diese beiden Zielvorgaben können nicht gegeneinander aufgerechnet werden.

Jedoch wird man sagen können, gerechte und transparente Elternbeiträge werden für gute Kinderbetreuung lieber ausgegeben, als die Kinder in eine anspruchslose, kostenlose ‚Verwahranstalt‘ gegeben.

Für Anmerkungen und Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen

Deutscher Familienverband Landesverband Thüringen e.V.

Am Drosselberg 26, 99097 Erfurt

Fon: 0361 / 41 72 000

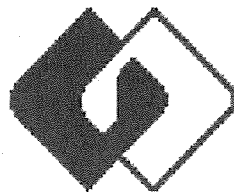
Fax: 0361 / 42 33 073

Web: www.dfv-thueringen.de

Mail: info@dfv-thueringen.de

THÜR. LANDTAG POST
11.06.2019 17:06

1322412019



Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

11.06.2019

Gesetz zur Änderung des Thüringer der Kindertagesbetreuungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/6956

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte

der Deutsche Familienverband, Landesverband Thüringen e.V. (DFV) hat den Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes zur Kenntnis genommen und bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Allgemeine Anmerkungen

Familien leisten Unverzichtbares zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft. Sie verdienen dafür höchste gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung.

Im vorliegenden Gesetzentwurf ist für den Bereich der Kinderbetreuung erkennbar, dass Anerkennung und Unterstützung von Thüringer Familien ernst genommen und weiter voran gebracht werden sollen. Ob der angedachte Weg der Beitragsfreiheit zum derzeitigen Zeitpunkt die optimale Lösung ist, wäre allerdings zu hinterfragen.

Grundsätzlich plädieren wir als Deutscher Familienverband für die Einführung eines Betreuungsbudgets für alle Kinder, um Familien eine tatsächliche Wahlfreiheit in Bezug auf die Betreuung ihrer Kinder zu geben, flankiert von verschiedenartigen qualitativ und quantitativ gut ausgebauten Betreuungsangeboten sowie Arbeitsverhältnissen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Familien in verschiedenen Lebensphasen gerecht werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich fördern.

Natürlich ist uns bewusst, dass ein Betreuungsbudget kurzfristig nicht umsetzbar ist und dazu nicht allein der politische Wille, sondern auch umfangreiche Vorbereitungen erforderlich sind. Deswegen begrüßen wir als Familienverband auch Schritte, die zu einer Verbesserung der Betreuungsstruktur in Thüringen führen sollen.

Im Unterschied zu einem Betreuungsbudget, dass allen Eltern gleiche Wahlmöglichkeiten und Unterstützung ermöglichen würde, bringt die Einführung einer Beitragsfreiheit für Kinderbetreuungsangebote, die an sich durchaus positiv zu bewerten wäre, nur einem Teil der Familien finanzielle Entlastung. Es ist zugegebenermaßen der größere Anteil an Familien, aber ausgenommen von dem finanziellen Vorteil sind diejenigen, die kein institutionelles Betreuungsangebot nutzen (und zu Hause betreuen) sowie alle, die aufgrund ihrer Einkommenssituation selbst keinen Elternbeitrag zahlen. Im Folgenden werden wir auf die einzelnen Punkte eingehen.

Zu § 16 Personalausstattung

Wir begrüßen, dass die Personalausstattung erhöht wird, wenngleich der Umfang der Erhöhung nach wie vor weit hinter den fachlich notwendigen Erfordernissen zurückbleibt. Thüringen steht zwar mit einer relativ hohen Betreuungsquote im Vergleich der Bundesländer gut da, im Vergleich der Personalausstattung sieht dies jedoch eher gegenteilig aus.

In der Praxis wird deutlich, dass dieser Betreuungsschlüssel dem Anspruch einer qualitativ hochwertigen Betreuung nicht gerecht wird, ganz abgesehen von wissenschaftlichen Forschungen, die wesentlich geringere Relationen befürworten. Eine knapp bemessene Personalausstattung hat zur Folge, dass Erzieher/innen, auch wenn sie noch so gut geschult und motiviert sind, aufgrund permanenter Überlastung (hohe physische und psychische Belastungen sowie einen relativ hohen Altersdurchschnitt der Fachkräfte) zunehmend krankheitsbedingt ausfallen.

Da neben (oft langwierigen) Krankheitsfällen und Urlaub auch Zeiten für Zusammenarbeit mit den Eltern, Kooperationen im Sozialraum sowie Fortbildungen abzudecken sind, sollte dringend eine weitere Erhöhung des Personalschlüssels erfolgen (ggf. unter Verzicht auf die Beitragsfreiheit!)

Zu § 30 Elternbeitragsfreiheit

Wie bereits eingangs geschildert, wäre eine Beitragsfreiheit im letzten und vorletzten Kindergartenjahr durchaus begrüßenswert - zumal, wenn sie langfristig in eine generelle Beitragsbefreiung (Stichwort generell kostenfreie Bildung für alle) münden würde und wenn sie einhergehen würde mit einer zusätzlichen deutlichen Verbesserung der Betreuungsqualität (u.a. mehr Personal).

Wenn aber das Budget begrenzt ist (bzw. wird), dann sollte aus unserer Sicht vorerst **der Verbesserung der Betreuungsqualität** der Vorrang gegeben werden.

Aus unserer Sicht ist nicht zu erwarten, dass durch die weitere Kostenbefreiung noch wesentlich mehr Kinder die Kindertageseinrichtungen besuchen werden – bei der Betreuungsquote der 3-6jährigen liegt Thüringen mit 96 % ohnehin an der Spitze im Ländervergleich (Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/166642/umfrage/betreuungsquote---kindertagesbetreuung-in-deutschland/>)

Wir begrüßen grundsätzlich das in der Begründung angegebene **Ziel**, dass ein annähernd gleiches Bildungs- und Kompetenzniveau erreicht werden soll, um die Chancengleichheit auf dem weiteren Bildungsweg herzustellen. **Aber** – aus unserer Sicht wird dieses Ziel nicht durch eine Beitragsbefreiung und noch höhere Betreuungsquoten erreicht, wenn die Betreuung ohne ausreichendes Fachpersonal erfolgt und letztlich auf eine „Aufbewahrung“ hinausläuft (um Eltern Berufstätigkeit zu ermöglichen bzw. Arbeitgebern dringend erforderliche Fachkräfte zu sichern).

Wenn es Thüringen tatsächlich ernst meint mit diesem Ziel, dann sollte die **Qualität der Betreuung** im Vordergrund stehen (und damit u.a. auch die Erhöhung der Personalausstattung und der Ausbildung). Die Förderung von Kindern, dabei nicht zu vergessen die Inklusionsbemühungen, erfordern Fachwissen, Kraft, Zeit, Geld sowie ideelle und materielle Aufwertung der Erzieher/innen (bzw. generell sozialer Berufe). Diese Förderung ist eine wichtige **Investition in die Zukunft Thüringens!**

Abschließend (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) möchten wir nochmals darauf hinweisen, dass neben dem Ausbau qualitativ und quantitativ hochwertiger Kindertagesbetreuung auch die Förderung eines familienfreundlichen Umfeldes weiter gefördert werden sollte. Und um Thüringen für (junge) Familien mit Kindern lukrativ zu machen, sind u.a. auch familienfreundliche Arbeitsbedingungen mit festen Arbeitsverhältnissen, guter Bezahlung und familienfreundlichen Arbeitszeiten erforderlich. Eltern möchten ihre Kinder gut betreut und gefördert wissen – aber sie brauchen auch Zeit und entsprechende (Arbeits)Bedingungen, um selbst ihrem im Grundgesetz verankerten „natürlichen Recht“ und der „zuvörderst ihnen obliegenden Pflicht“ nachkommen zu können – „ihre Kinder zu pflegen und zu erziehen“ und zu fördern!

Als Deutscher Familienverband, Landesverband Thüringen werden wir gern weiter an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Familien in Thüringen mitwirken!



EINE INITIATIVE DES
THÜRINGER PFLEGEPAKTES
www.pflege-braucht-helden.de

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.



THUR. LANDTAG POST
12.06.2019 09:38

1327612019

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

- via E-Mail -

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/3100

zu Drs. 6/6956

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

e-mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0
Telefax: (0361) 511499-19

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen
A 6.1, Drs. 6/6956

unsere Zeichen

Erfurt,
11.06.2019

**Den Mitgliedern des
AfBJS**

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen Die LINKE, der SPD und
Bündnis 90/Die Grünen zum Gesetz zur Änderung des Thüringer
Kindertagesbetreuungsgesetzes vom 20.03.2019 (Drucksache 6/6956)**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

zunächst möchten wir uns bei Ihnen bedanken, dass wir Stellung zu o. g. Gesetzentwurf
beziehen können.

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V. tritt dafür ein, dass das ThürKitaG
die fachpolitisch und gesellschaftlich notwendigen Entwicklungen abbilden muss, welche für
eine mittel- und langfristige Qualitätsentwicklung der frühkindlichen Bildung in
Kindertageseinrichtungen in Thüringen notwendig sind.

Das sind insbesondere die stufenweise Verbesserung der Betreuungsqualität durch die
Einführung adäquater Personalschlüssel, wie diese im Zwischenbericht der Bund-Länder-
Konferenz „Früh Bildung weiterentwickeln und finanzielle sichern“ aus dem Jahr 2016
festgelegt wurden. Des Weiteren zählen dazu die adäquate Berücksichtigung von
Ausfallzeiten und Zeiten für Vor- und Nachbereitung, die vollständige Freistellung von
Leitungskräften, die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen für Fachkräfteentwicklung
und -gewinnung, die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen für trägerspezifische
Fachberatung und die Übernahme einer Steuerungsverantwortung durch das Land Thüringen
und die Ermöglichung von Inklusion.

Die durch den Gesetzentwurf vorgelegten Verbesserungen der Betreuungsqualität in der
frühkindlichen Bildung, refinanziert aus Bundesmitteln, welche über das Gesetz zur
Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung zur Verfügung
gestellt werden und durch zusätzliche Landesmittel, sind Schritte in die richtige Richtung.

Die in o. g. Gesetzentwurf verankerten Verbesserungen können jedoch noch nicht die letzte Entwicklungsstufe der Betreuungsqualität in der Kindertagesbetreuung sein. Aus diesem Grund hat sich die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V. für einen Stufenplan und verbindliche Verabredungen für Ausbaustufen zur Umsetzung von Qualitätsverbesserungen in Kindertageseinrichtungen stark gemacht. Dieser Vorschlag wurde inzwischen vom Bildungsminister Helmut Holter aufgegriffen. Noch vor der Sommerpause soll hierzu ein weiteres Treffen der relevanten Akteure (VertreterInnen der kommunalen Spitzenverbände, der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V., der Landeselternvertretung, der Gewerkschaften und des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft) stattfinden.

Im Rahmen der Stellungnahme zur Novellierung des ThürKitaG vom 18.12.2017 hatte die LIGA Thüringen einen Formulierungsvorschlag für einen neu zu schaffenden Paragraph 16a vorgeschlagen, in welchem ein verbindliches Verfahren für die Ausgestaltung der Personalausbaustufen im Gesetz verankert werden sollte. Diesen Formulierungsvorschlag haben wir auf die neue Gesetzesgrundlage angepasst und dieser Stellungnahme als Anlage angefügt.

Nach Auffassung der LIGA Thüringen sind die beiden Vorhaben des Landes, der wirksame und stetige qualitative Ausbau und ein weiteres beitragsfreies Kita-Jahr, langfristig nicht finanzierbar. Bereits heute können Eltern, welche den Elternbeitrag in Kindertageseinrichtungen nicht leisten können, auf Antrag eine Kostenübernahme gem. § 90 SGB VIII beim örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe beantragen. Für diese Familien ändert sich somit nichts, Sie haben von einem weiteren beitragsfreien Kita-Jahr keine finanziellen Verbesserungen. Familien mit mittleren und hohem Einkommen dagegen schon. Aus diesem Grund lehnt die LIGA Thüringen das zweite beitragsfreie Kita-Jahr ab.

Im Folgenden finden Sie unsere Stellungnahme zu einzelnen Regelungen des o. g. Gesetzentwurfes.

Zu „D. Kosten; 2. Für die Kommunen“:

In diesem Abschnitt werden die mit der Einführung des weiteren beitragsfreien Betreuungsjahres zu erwartenden höheren Verwaltungsaufwendungen bei den Kommunen dargestellt. Bereits mit der Einführung des ersten beitragsfreien Kita-Jahres und den damit verbundenen Meldepflichten entstehen auch höhere Verwaltungsaufwendungen bei den freien Trägern von Kindertageseinrichtungen, welchen in der Refinanzierung von Verwaltungskräften bzw. der Freistellung von Leitungskräften nur unzureichend Rechnung getragen wird.

Zudem entsteht mit der Personalschlüsseleinführung für die 4- bis 5-jährigen eine weitere Ausdifferenzierung und Verkomplizierung und damit ein zusätzlicher Verwaltungsmehraufwand, welcher in den Verhandlungen zu den Betriebskosten adäquat berücksichtigt werden muss.

Um die angestrebten Qualitätsverbesserungen im Rahmen des Personalschlüssels wirklich beim Kind ankommen zu lassen, ist es notwendig, den Verwaltungsaufwand zu minimieren. Dies würde mit einem einheitlichen Personalschlüssel für die 3 bis 6-jährigen Kinder auf 1:12 gelingen. Damit wäre eine in den Einrichtungen spürbare Personalschlüsselverbesserung

möglich und es wäre ein gelungener weiterer Schritt zur Umsetzung des Stufenplans der LIGA (siehe Anlage)

Artikel 1 – 1. b) (§ 16 Abs. 3 e)

In den dargelegten Personalschlüsseln werden immer zwei Dezimalstellen nach dem Komma angegeben. Insofern ist nicht nachvollziehbar, warum für die Altersgruppe zwischen dem vollendeten 4. und vor Vollendung des 5. Lebensjahres eine dritte Dezimalstelle angegeben wird. Wir schlagen deshalb eine einheitliche Systematik für alle Personalschlüssel von entweder drei oder zwei Dezimalstellen nach dem Komma vor.

Artikel 1 – b) (§ 16 Abs. 3)

Im Personalschlüssel werden die Ausfallzeiten für Urlaub, Krankheit und Fortbildungen sowie für Vor- und Nachbereitungen von aktuell 25 auf 28 % erhöht. Dieses wird von der LIGA Thüringen ausdrücklich begrüßt, ist jedoch aus deren Sicht nicht ausreichend. Die LIGA fordert, diese mittelbare Zeit auf 30% anzuheben. Dies ist erforderlich, weil die tatsächlichen Minderzeiten für Urlaub, Krankheit und Fortbildungen 20 % betragen. Die Vor- und Nachbereitung wird bereits im bestehenden ThürKitaG entsprechend der Bedarfe mit 10% berechnet.

Wenn Sie weitere Fragen haben oder nähere Informationen zu den dargelegten Aspekten benötigen, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

LIGA-Geschäftsführer

Anlage

- Stufenplan zur Umsetzung von Qualitätsverbesserungen im Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz



EINE INITIATIVE DES
THÜRINGER PFLEGEPAKTES
www.pflege-braucht-helden.de

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.



Anlage zur Stellungnahme ThürKitaG der LIGA Thüringen

Stufenplan zur Umsetzung von Qualitätsverbesserungen im Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz

Vorschlag für eine Verankerung im ThürKitaG:

§16 Personalausstattung

- (1) Kindertageseinrichtungen müssen über die notwendige Anzahl geeigneter pädagogischer Fachkräfte verfügen. Pädagogische Fachkräfte im Sinne des Satzes 1 sind

1. staatlich anerkannte Erzieher,
2. staatlich anerkannte Kindheitspädagogen,
3. staatlich anerkannte Heilpädagogen und
4. staatlich anerkannte Heilerziehungspfleger.

Die folgenden Fachkräfte sind pädagogische Fachkräfte im Sinne des Satzes 1, soweit sie jeweils ihre methodisch-didaktische Befähigung zur Arbeit in Kindertageseinrichtungen nachgewiesen haben:

1. staatlich anerkannte Sozialpädagogen/Sozialarbeiter,
2. Absolventen interdisziplinärer Frühförderstudiengänge,
3. Diplompädagogen,
4. Diplomerziehungswissenschaftler,
5. Absolventen einer sozialwissenschaftlichen Hochschulausbildung mit dem Schwerpunkt „Frühe Kindheit“,
6. Grundschullehrer sowie
7. Absolventen fachlich entsprechender Bachelor-, Master- oder Magisterstudiengänge.

Darüber hinaus sind pädagogische Fachkräfte im Sinne des Satzes 1

1. Krippenerzieher für die Arbeit in Kinderkrippen,
2. Kindergärtner für die Arbeit in Kindergärten sowie
3. Horterzieher oder Unterstufenlehrer jeweils mit der Befähigung zur Arbeit in Heimen und Horten für die Arbeit in Kinderhorten.

Das Ministerium kann generell oder im Einzelfall weitere Personen mit gleichwertigen staatlichen oder nichtstaatlichen Qualifikationen als geeignete pädagogische Fachkräfte nach Satz 1 anerkennen.

- (2) Die notwendige Anzahl geeigneter pädagogischer Fachkräfte im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 ist gewährleistet, wenn eine Fachkraft in der Regel nicht mehr als:

1. zwei Kinder im Alter bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres,
2. vier Kinder im Alter zwischen dem vollendeten ersten und vor Vollendung des dritten Lebensjahres,
3. neun Kinder zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung oder

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

Arnstädter Str. 50 99096 Erfurt

Tel: 0361 511 499-0 Fax: 0361 511 499 19

4. zwanzig Kinder der Klassenstufen 1 bis 4 betreut.

- (3) Unter der grundsätzlichen Berücksichtigung einer durchschnittlichen Betreuungszeit von 9 Stunden, der fachlichen Arbeit außerhalb der Gruppen sowie von Ausfallzeiten für Urlaub, Krankheit und Fortbildung (10 % Vor- und Nachbereitung; 20 % Minderzeiten) ergibt sich aus den Vorgaben von Absatz 2:
- a) 0,731 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 (Kinder im Alter bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres),
 - b) 0,366 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 (Kinder im Alter zwischen dem vollendeten ersten und vor Vollendung des dritten Lebensjahres),
 - c) 0,163 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 (Kinder zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung) und
 - d) 0,033 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 (Kinder der Klassenstufen eins bis vier).

Diese Vollbeschäftigteneinheiten werden als Jahresdurchschnitt berechnet.

§ 16a Übergangsregelungen für die Ausgestaltung der Personalausbaustufen

- (1) Kann am 01.01.2020 der Freistaat Thüringen die in § 16 Absatz 3 festgeschriebenen Personalschlüssel nicht gewährleisten, so kann der Landtag beschließen, dass die Verpflichtung nach §16 Absatz 3 dieses Gesetzes erst ab einem späteren Zeitpunkt, spätestens ab dem 01.01.2023 vollständig umgesetzt ist.
- (2) Für das Jahr 2020 ist die notwendige Anzahl geeigneter pädagogischer Fachkräfte gewährleistet, wenn eine Fachkraft in der Regel nicht mehr als:
- 1. vier Kinder im Alter bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres,
 - 2. sechs Kinder im Alter zwischen dem vollendeten ersten und vor Vollendung des zweiten Lebensjahres
 - 3. acht Kinder im Alter zwischen dem vollendeten zweiten und vor Vollendung des dritten Lebensjahres,
 - 4. vierzehn Kinder im Alter zwischen dem vollendeten dritten und vor Vollendung des vierten Lebensjahres
 - 5. sechzehn Kinder nach Vollendung des vierten Lebensjahres bis zur Einschulung oder
 - 6. zwanzig Kinder der Klassenstufen 1 bis 4 betreut.
- (3) Für das Jahr 2020 ergibt sich unter der grundsätzlichen Berücksichtigung einer durchschnittlichen Betreuungszeit von 9 Stunden, der fachlichen Arbeit außerhalb der Gruppen sowie von Ausfallzeiten für Urlaub, Krankheit und Fortbildung aus den Vorgaben von § 16a Absatz 2:
- a) 0,352 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 (Kinder im Alter bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres),
 - b) 0,234 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 (Kinder im Alter zwischen dem vollendeten ersten und vor Vollendung des zweiten Lebensjahres),

- c) 0,176 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 (Kinder im Alter zwischen dem vollendeten zweiten und vor Vollendung des dritten Lebensjahres),
 - d) 0,100 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 (Kinder im Alter zwischen dem vollendeten dritten und vor Vollendung des vierten Lebensjahres),
 - e) 0,088 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 5 (Kinder nach Vollendung des vierten Lebensjahres bis zur Einschulung) und
 - f) 0,033 Vollzeitbeschäftigteneinheiten je Kind nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 6 (der Klassenstufen 1 bis 4).
- (4) Zur Umsetzung dieser Zielstellung verpflichtet sich der Freistaat Thüringen:
- 1. Für den Übergangszeitraum eine Monitoringgruppe, bestehend aus den kommunalen Spitzenverbänden, den Verbänden der LIGA, der Landeselternvertretung und beteiligten Ministerien, zu initiieren. Die Federführung dieser Monitoringgruppe obliegt dem zuständigen Minister.
 - 2. In diesem Zeitraum sind von der Monitoringgruppe jährliche Personalausbaustufen zur Umsetzung gemäß § 16 Absatz 2 zu erarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.
 - 3. Jährlich bis zum 01.03. ist das zuständige Fachministerium verpflichtet, den Umsetzungsstand der Personalausbaustufen in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten festzustellen und der Monitoringgruppe zur Information vorzulegen.
- (3) Die Landesregierung hat den Thüringer Landtag jährlich einen Bericht über den Stand des Ausbaus, nach § 16 Absatz 2 vorzulegen.

Kostenschätzung für einzelne Qualitätsverbesserungen:

zusätzlicher Bedarf an 8.000 Fachkräften in Thüringer Kitas
 =zusätzlicher Finanzbedarf (bei 40.000 € Jahresgehalt)
 (Berechnungen LIGA Thüringen 03/2017)

320 Mio. €

Finanzbedarf für die Anpassung der Ausfallzeiten
 (zusätzliche 5 % für Urlaub und Krankheit)
 päd. Personal - 14.551 VBE + 5% (wegen höherer Ausfallzeiten)
 = 728 zusätzliche VBE x 40.000 € =
 (Berechnung TMBJS 3/2017)

29,1 Mio €

Finanzbedarf – Leitungsanteile für alle Kinder (ohne Kappungsgrenze)
 (Berechnung des TMBJS 4/2016 für Wegfall der Kappungsgrenze bei 100 Kindern
 > jetziger Finanzbedarf für die Forderung ist deutlich geringer)

< 8,0 Mio. €

THÜR. LANDTAG POST
12.07.2019 09:21

// Vorsitzende //

15.7.2019

GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Vorsitzende

Telefon: 0361 590 95
Telefax: 0361 590 95
Mobil:

Erfurt, 10. Juli 2019

zu VL 6/5748

**GEW-Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Kinderbetreuungsgesetzes
DS 6/5748 in Verbindung mit DS 6/6956**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme in og. Gesetzgebungsverfahren.

Die GEW Thüringen begrüßt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Insbesondere die Möglichkeit zum Namenswahlrecht „Kindergarten“ setzt ein wahrnehmbares Zeichen, dass öffentliche Diskussionen ernst genommen werden. Der Vollständigkeit halber weisen wir aber daraufhin, dass der neue Kurztitel „Thüringer Kindergartengesetz – ThürKigaG“ dem Grunde nach andere Formen der Kindertagesbetreuung nicht mehr erfasst.

Die Einführung einer weiteren Landespauschale für Kinder zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr und vor Vollendung des 78. Lebensmonats begrüßt die GEW Thüringen. Für alle Pauschalen dieses Paragraphen (§25), aber auch für die Leitungspauschalen und für die Kindertagespflege in § 23, fordern wir eine Dynamisierung auf der Grundlage des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes.“

Wir wünschen der Umsetzung des dann novellierten Thüringer Kindergartengesetzes – ThürKigaG viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

THÜR. LANDTAG POST
16.07.2019 15:00

16265/2019



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesvorsitzender

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

www.thueringer-beamtenbund.de

-vorab per E-Mail-

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
28. Juni 2019

Datum
16. Juli 2019

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes
Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke/ SPD und Bündnis 90/ Die Grünen
hier: schriftliche tbb Stellungnahme nach § 79 GO Thüringer Landtag

Sehr geehrte

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Änderungsantrag zu o. g. Gesetz.

Diesem Änderungsantrag stimmen wir zu.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Katholisches Büro, Postfach 80 06 62, 99032 Erfurt

99084 Erfurt, Herrmannsplatz 9

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Tel.: 0361 6572
Fax: 0361 6572
E-Mail: kath.buero@bistum-erfurt.de

Datum: 16. Juli 2019

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (bitte stets angeben)

Stellungnahme des Katholischen Büros Erfurt zum Gesetz des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes – Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 6/5748)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlich danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 28. Juni dieses Jahres und die Möglichkeit der Stellungnahme zu o.g. Änderungsantrag. Namens der von mir vertretenen Bistümer Erfurt, Dresden-Meißen und Fulda erkläre ich folgendes:

Der Schaffung des Namenswahlrechts „Kindergarten“ stimmen wir zu. Neben den historischen Argumenten machen wir uns v.a. die nachfolgend auszugsweise zitierte Begründung der Petition „Die Welt spricht Kindergarten“ zu Eigen:

Trotz der Konzept-Pluralität an Kindergärten in Deutschland und weltweit, zeigt sich die Idee des Kindergartens heute überall dort verwirklicht, wo Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer sozialen Rahmenbedingungen, behütet „wie in einem Garten“, eingebettet in die Familie und in die Gemeinschaft aufwachsen, spielend ihre Umwelt, sowie die kleinen und großen Lebenszusammenhänge der Welt erfahren, ihr Eingebettetsein in die Natur, in die Familie und in die Gemeinschaft erleben und mitgestalten, ihre Kreativität, Ideen, Interessen, Neigungen, Stärken entfalten und entwickeln können und so von Anfang an faire Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und eine erfolgreiche Zukunft haben.

(Quelle: <https://petitionen-landtag.thueringen.de/petitions/1454> am 16.07.2019)

Sehr geehrte Damen und Herrn Abgeordnete, in der Hoffnung, mit diesen Ausführungen einen hilfreichen Beitrag zu Ihren Beratungen geleistet zu haben, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Leiter des Katholischen Büros



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Der Kinderschutzbund Thüringen e.V.
Johannesstraße 2, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
25.07.2019 12:18

16733/2019

Erfurt, d. 25.07.2019

**Stellungnahme zum Änderungsantrag der Regierungskoalition vom
09.06.2019
Thüringer Gesetz zur Änderung des Thüringer KindertagesbetreuungsG**

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

Sie haben uns erneut um eine Stellungnahme zum Änderungsantrag der Regierungskoalition vom 09.06.2019 zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes gebeten.

Wir hatten zu diesen Änderungen unsere grundlegende Meinung bereits geäußert. Soweit die Punkte in diesem Änderungsantrag unser Wirken betreffen, können wir diesen zustimmen.

Im Namen des Vorstands verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführung

Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen e.V.
Johannesstraße 2
99084 Erfurt

Telefon / Fax:
0361/653 194-83 / -81

post@dksbthueringen.de
www.dksbthueringen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE66 8205 1000
0130 1001 96
BIC: HELADEF1WEM

StNr: 151/141/05950

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
12.08.2019 08:41

17618/2019

· Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Telefon: 0361 – 5 62 42 22
Fax: 0361 – 5 62 42 25
E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum 07.08.2019 Aktenzeichen 3.0.2.2.4

Ihr Zeichen: A 6.1, – Drs. 6/6956
Ihr Schreiben vom 28.6.2019

Stellungnahme zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE,
der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Gesetzentwurf
der Fraktionen Die LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes
vom 19.06.2019 (Drucksache 6/6956)

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses, sehr geehrte Frau

wir bedanken uns, dass wir zum obengenannten Änderungsantrag
Stellung nehmen können.

Wir sind weiterhin der Ansicht, dass eine Verbesserung des
Betreuungsschlüssels vorzugswürdig ist gegenüber dem beabsichtigten
weiteren beitragsfreien Jahr.

Wir unterstützen die Forderung der LIGA der freien Wohlfahrtspflege
nach einer Anpassung der Refinanzierung der Verwaltungs- und
Leitungstätigkeiten angesichts des steigenden Verwaltungsaufwandes
durch die beitragsfreien Jahre. Die Berücksichtigung des Begriffs
„Kindergarten“ im Gesetz kommt dem eingeführten Sprachgebrauch
entgegen und ermöglicht eine „volksnähere“ Bezeichnung der Einrichtungen.
Diese Anpassung befürworten wir.

Mit freundlichen Grüßen

Oberkirchenrat



EINE INITIATIVE DES
THÜRINGER PFLEGEPAKTES
www.pflege-braucht-helden.de

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.



THUR. LANDTAG POST

16.08.2019 09:57

18027/19

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

- per Mail -

Thüringer Landtag
- Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport -
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

e-mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0
Telefax: (0361) 511499-19

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,
15.08.2019

zu VL 6/5748

**Stellungnahme zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen Die LINKE, der
SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Thüringer
Kindertagesbetreuungsgesetzes vom 19.06.2019 (Drucksache 6/6956)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns bei Ihnen bedanken, dass wir Stellung zu o. g. Änderungsantrag beziehen können. Eine ausführliche Stellungnahme der LIGA zum Gesetzentwurf vom 20.03.2019 (Drucksache 6/6956) liegt Ihnen mit Datum 11.06.2019 bereits vor. Die vorliegende Stellungnahme ist als Ergänzung zur Stellungnahme vom 11.06.2019 zu betrachten.

Zu „D. Kosten; 2. Für die Kommunen“:

In diesem Abschnitt werden die mit der Einführung des weiteren beitragsfreien Betreuungsjahres zu erwartenden höheren Verwaltungsaufwendungen beim Land und Sachkosten bei den Kommunen dargestellt. Bereits mit der Einführung des ersten beitragsfreien Kita-Jahres und den damit verbundenen Meldepflichten entstehen auch höhere Verwaltungsaufwendungen bei den freien Trägern von Kindertageseinrichtungen, welchen in der Refinanzierung von Verwaltungskräften bzw. der Freistellung von Leitungskräften in keiner Weise Rechnung getragen wird.

Mit der Verbesserung des Personalschlüssels der 4-5jährigen entsteht für die Träger der Kindertageseinrichtungen ein noch größerer Verwaltungsaufwand. Mit jedem Geburtstag eines Kindes in der Einrichtung muss der Personalschlüssel angepasst werden. Das verlangt von den Einrichtungen und Trägern eine ständige Neuberechnung des Personalschlüssels.

Die LIGA fordert daher einen einheitlichen Personalschlüssel für alle Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis Schuleintritt. Des Weiteren verweisen wir im Hinblick auf eine nachhaltige Qualitätsverbesserung auf den Stufenplan der LIGA. Wenn Sie weitere Fragen haben oder nähere Informationen zu den dargelegten Aspekten benötigen, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Artikel 1 – 1. a) (Gesetzestitel)

Die Aufnahme des Begriffes Kindergarten in den Gesetzestitel ist aus pädagogisch-historischen Gründen für den Freistaat Thüringen nachvollziehbar. Dennoch hält die LIGA Thüringen die synonyme Verwendung der Begrifflichkeiten aus dem SGB VIII für notwendig. Das SGB VIII spricht vom Kindergarten für die Altersgruppen 3 bis 6,5 Jahre. Insofern ist die Kurzform des Gesetzes „ThürKigaG“ als Ausführungsgesetz zum SGB VIII eine unzulässige Engführung. Aus diesem Grund sollte die Kurzform „ThürKitaG“ beibehalten werden.

Artikel 1 – 4.

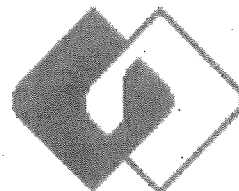
In der Logik der Ziffernverschiebung fehlt die Nr. 6. Deshalb müsste in den darauffolgenden Änderungspunkten eine entsprechende Anpassung vorgenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

THÜR. LANDTAG POST
16.08.2019 07:49

17995/2019



Deutscher Familienverband

Landesverband Thüringen e.V.

Am Drosselberg 26, 99097 Erfurt

Fon: 0361 / 41 72 000

Fax: 0361 / 42 33 073

Web: www.dfv-thueringen.de

Mail: info@dfv-thueringen.de

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

15.08.2019

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6956

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/5748

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte

der Deutsche Familienverband, Landesverband Thüringen e.V. (DFV) hat den Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 6/6956 - zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes zur Kenntnis genommen und bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Als Familienverband begrüßen wir ausdrücklich die im vorliegenden Änderungsantrag erfolgte

- Berücksichtigung des Begriffs „Kindergarten“ (Nummer 1)
- Hinzufügung einer zusätzlichen Landespauschale (Nummer 3), wobei nicht nachvollziehbar ist, warum die zusätzlichen 40 € nicht einfach jeweils zu den Pauschalen in § 25 Abs. 1 Nummer 3. und 4. addiert werden, die sich ja im Ergebnis dadurch beide erhöhen (Formsache, aber logischer)
- Klarstellung, dass auch beitragsbefreite weitere Kinder bei der Festlegung der Beitragsstaffelung als beitragsminderndes Kriterium berücksichtigt werden müssen (Nummer 5), wobei bei der Staffelung generell alle Kinder mit Kindergeldanspruch berücksichtigt werden sollten
- Klarstellung, dass die beitragsmindernde Berücksichtigung unverzüglich den Eltern zu Gute kommen soll (Nummer 6)

Bezüglich der Thematik Beitragsbefreiung und Qualitätssicherung/ Personalaufstockung verweisen wir auf unsere Ausführungen in der Stellungnahme vom 11.06.2019 zum o.g. Gesetzentwurf.

Geschäftsführerin



THÜR. LANDTAG POST
16.08.2019 07:44

1799412019

Familienbund der Katholiken · Herrmannsplatz 9 · 99084 Erfurt

Familienbund der Katholiken
im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

zu VL 6/5748

15. August 2019

Stellungnahme des Familienbundes der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen zum Abänderungsantrag zum dem Gesetzesentwurf zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zum o.g. Änderungsantrag zum Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/6956 - Stellung zu nehmen und kommen dieser hiermit gern nach.

Begriff Kindergarten

Der Familienbund der Katholiken begrüßt die Neufassung des Gesetzstitels und das Namenswahlrecht „Kindergarten“.

Elternbeitragsfreiheit

Bzgl. des elternbeitragsfreien Betreuungsjahres halten wir an unserer Stellungnahme vom 11.06.2019 fest.

Wir bewerten die Klarstellung in § 30 Abs. 5, dass die Elternbeitragsfreiheit keine Auswirkungen auf die soziale Staffelung und auf die Geschwisterregelungen hat, positiv.

Betreuungs-/Personalschlüssel

Auch beim Betreuungs-/Personalschlüssel verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 11.06.2019.

Wir sehen weiterhin die Notwendigkeit von Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel, sowie dessen Fortentwicklung.

Evaluation

Wir sehen den Bedarf einer laufenden Evaluation des Gesetzes und des Einsatzes der nun zusätzlich bereitgestellten Bundesmittel.

Familienbund der Katholiken
im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen

Sitz der Geschäftsstelle:
Farbengasse 2 · 99084 Erfurt

Telefon: 0361 · 65 72 380
Fax: 0361 · 65 72 374

Bankverbindung:
Pax-Bank Erfurt e.G.

Vorstandsvorsitzender:
Geschäftsführer:

Postanschrift:
Herrmannsplatz 9 · 99084 Erfurt

E-Mail: Info@familienbund-erfurt.de
Internet: www.familienbund-erfurt.de

BIC: GENODE33PAX
IBAN: DE58 3706 0193 5001 7350 14

Für Anmerkungen und Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen

THUR. LANDTAG POST
26.08.2019 11:23

1864212019



Verband kinderreicher
Familien Deutschland e.V.

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2, 99423 Weimar

Mitglieder des Ausschusses im Thüringer Landtag
für Bildung, Jugend, Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesverband Thüringen

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2
99423 Weimar

www.thueringen.kinderreichfamilien.de
thueringen@kinderreiche-familien.de
projekt@familienkarte-thueringen.de

Weimar, 15.08.19

zu VL 6/5748

**Stellungnahme des Verbandes Kinderreicher Familien Thüringen e.V.
zum Entwurf Gesetz Änderung des Thüringer
Kindertagesbetreuungsgesetz DS 6/6956 im vorliegenden
Änderungsantrag 6/5748**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die eingeräumte Möglichkeit, sich zur Änderung des Thüringer
Kindertagesbetreuungsgesetzes zu äußern.

§ 15 a - „Kindergarten“ gehört seit 1840 zu Thüringen

Der Verband begrüßt ausdrücklich die neu eingeräumte Möglichkeit für Kindereinrichtungen,
im Namen die Bezeichnung „Kindergarten“ gem. § 15 wählen zu können.

Die Rückbesinnung des Gesetzgebers auf den regionalen Bezug „Kindergarten“ sollte sich
aber nicht nur auf die Formalien im Namen der Einrichtung beschränken. Vielmehr gilt es in
diesem Zusammenhang den pädagogischen Ansatz von Friedrich Fröbel bei der Erziehung
und Werte- und Wissensvermittlung sowohl Eltern näher zu bringen, als auch eine Vermittlung
durch die Kindergärten in ihrer täglichen Arbeit mit den ihnen anvertrauten Kindern zu
erreichen.

Der Änderung des Gesetzes kann diese Ganzheitlichkeit nicht entnommen werden.

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2
99423 Weimar

www.kinderreichfamilien.de
info@kinderreiche-familien.de

Vorstand:

Amtsgericht Weimar VR 131347

- Verfolgt das zuständige Ministerium eine Einführung der Fröbelpädagogik in den 1.320 Einrichtungen im Freistaat?
- Ist mit der Einführung der Namenswahl auch eine stärkere Darstellung und Vermittlung in der Ausbildung von Erziehern geplant?
- Gibt es weitere Überlegungen, die pädagogischen Ansätze auch an interessierte Eltern heranzutragen und entsprechend flächendeckend Angebote aufzubauen?

§ 30 I - Zweites kostenfreies Kindergartenjahr

Der Verband vertritt seit 2012 in Thüringen die Interessen von Familien mit drei und mehr Kindern. Die Belange von Familien wahrnehmend, hat der Verband kinderreicher Familien in Gesprächen mit politischen Verantwortungsträgern des Landes bei der Finanzierung von Krippen- und Kindergartenplätzen immer wieder darauf gedrungen, dass bei der Berechnung der Elternbeiträge **nicht nur** die Anzahl der Kinder, sondern alle „kindergeldberechtigten“ Kinder zu berücksichtigen sind.

Der Landesgesetzgeber hat es erneut versäumt durch eine Änderung des § 29 I S. 2 eine Klarstellung für die Kommunen und damit eine verbindliche Regelung durch Berücksichtigung aller „**kindergeldberechtigter**“ Kinder zu schaffen, obwohl ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestanden haben. Das Land rechnet mit einer Kostenbelastung in Höhe von 62 bis 63 Mio. Euro jährlich für die Einführung des weiteren kostenfreien Jahres. (Begründung D – 1. Für das Land)

Der Verband hat bereits im Anhörungsverfahren zum KitaG im Jahr 2017 darauf hingewirkt, dass es zu einer Entlastung von Elternbeiträgen kommen muss. Mit Blick auf die weiteren finanziellen Belastungen von Familien mit mehr als einem Kind, lehnt der Verband die erneute Ausweitung der kostenfreien Kinderbetreuung für 24 Monate grundsätzlich ab und begründet dies wie folgt:

Dieser Betrag hätte besser den Kommunen als zweckgebundene Leistung zur Staffellung von Geschwisterbeiträgen zur Verfügung gestellt werden sollen. Noch immer gibt es erhebliche Unterschiede bei der Berücksichtigung von Geschwistern. Hier hätte eine klare gesetzliche Regelung, welche alle „kindergeldberechtigten Kinder“ gem. § 29 II aufnimmt, für finanzielle Entlastung von 40 % der Thüringer Familien gesorgt.

Die Studie des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V. vom 01.08.19 „Verschlossene Türen. Eine Untersuchung zur Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen“ zeigt deutlich die finanzielle Benachteiligung von Familien mit zwei und mehr Kindern auf.

In den Stellungnahmen des Verbandes zum KitaG aus dem Jahre 2017 forderten wir denn auch, dass „**alle kindergeldberechtigten Kindern**“ unabhängig vom Betreuungsverhältnis zum Träger einer Kindereinrichtung zu berücksichtigen sind.

Die Thüringer Kommunen haben es in der Vergangenheit immer wieder verstanden, den vom Gesetzgeber offenen gelassenen Interpretationsspielraum zu nutzen. Entsprechend unterschiedlich fallen bis heute die Berücksichtigung von Geschwisterkindern bei der Berechnung der Betreuungskosten aus.

Es bedarf NOCH IMMER einer grundsätzlich **einheitlichen Regelung auf Landesebene**, welche Parameter von den Gemeinden bei den Elternbeiträgen verpflichtend zu beachten sind! Familien mit mehr als einem Kind hatten und haben es schwer schwer, ihre Interessen auf kommunaler Ebene durchzusetzen. Ihnen stehen 60 % Ein-Kind-Familien als Wähler gegenüber.

Dabei sollte der Blick von Kommunal- und Landespolitik die Bedarfe von Familien mit mehr als einem Kind verstärkt wahrnehmen und entsprechend bei der Verabschiedung von Gesetzen berücksichtigen. Der Anteil der Familie an der Gesamtbevölkerung ist seit 2005 um 100.000 zurückgegangen, wie aus Tabelle 1 des Landesamtes für Statistik hervorgeht. Der Anteil der Ein-Kind-Familien lag im Jahr 2018 bei 60 % aller Familien. Der Anteil von Familien mit zwei Kindern betrug 31%, drei und mehr Kinder lebten in 9 % der Familien.

Quelle: Tabelle Landesamt für Statistik¹

Jahr	Davon mit ... ledigen Kind(ern)				Familienmitglieder	
	Insgesamt	1	2	3 und mehr	insgesamt	je Familie
	1000					Anzahl
Familien						
2005	381	234	121	25	1.233	3,24
2006	364	233	107	23	1.160	3,19
2007	355	230	104	21	1.124	3,17
2008	346	228	100	19	1.097	3,17
2009	331	220	94	18	1.044	3,15
2010	325	215	91	19	1.024	3,15
2011	314	208	87	19	993	3,16
2012	305	197	89	18	962	3,16
2013	299	192	89	18	946	3,16
2014	294	190	85	18	926	3,15
2015	283	178	81	24	908	3,20
2016	288	177	86	25	927	3,22
2017	288	177	85	26	930	3,22
2018	280	167	87	26	912	3,26

Der Trend zur „Ein-Kind-Familie“ in Thüringen wird sich weiter verfestigen, wenn der Landesgesetzgeber nicht durch klare rechtliche Vorgaben, eine Entlastung für Familien mit zwei und mehr Kindern schafft. Betrug der Anteil von Familien mit zwei Kindern im Jahr 2005 noch 32 %, sank dieser Wert 2011 auf 27 %, und lag in 2018 mit 30 % noch immer unter dem Wert von 2005.

Die demografische Entwicklung des Freistaates sollte daher Anlass genug sein, Familien mit **Kindern** gezielter zu fördern. Das weitere kostenfreie Kindergartenjahr ist hier nach Auffassung des Verbandes kein geeignetes Instrument.

¹ Quelle: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=zt010311||Familien+nach+Familientyp+und+Anzahl+der+ledigen+Kinder+ab+2005+%28Mikrozensus%29&startpage=0&csv=1&richtung=&sortiere=&vorspalte=0&tit2=&TIS=&SZDT=&anzahlH=-1&fontgr=12&mkro=&Anze>

Elternarbeit wertschätzen und unterstützen

In Thüringen fehlt es noch immer an einer Anerkennung von Erziehungsarbeit durch Eltern zu Hause. Auch hierfür hätte die veranschlagten 62 bis 63 Mill. Euro genutzt werden können.

Die Koalition in Thüringen hat durch die Streichung des Landeserziehungsgeldes im Jahr 2015 nur noch den Ausbaus der Infrastruktur an Fremdbetreuung gefördert. Die Entscheidung von Eltern, wie die Betreuung der Kleinstkinder nach dem ersten Lebensjahr erfolgen soll, wurde so für zahlreiche Familien „auf Null“ reduziert. Der finanzielle Entzug von Anerkennungsaufwendungen in Höhe von 150,00 € pro Kind im 2. Lebensjahr und weitere 50,00 € pro Monat für weitere im Haushalt lebende unterhaltsberechtigten Kinder fehlt seither völlig. Die Schere zwischen Eltern, welche die Betreuung der Kinder bis zum Alter von 3 Jahren zu Hause übernehmen und denen, welche einem Verdienst nachgehen müssen, klafft weiter auseinander.

Zum Stichtag 15.03.2006 wurden im Freistaat Thüringen 5.260 Kinder unter 2 Jahren in einer öffentlichen Einrichtung oder bei einer Tagesmutter betreut. Bei einer Gesamtanzahl von 79.454 Kindern lag der Anteil damit bei 15,5 %.² Die Zahl von Kindern, die zu Hause betreut werden sinkt seither.

Zum Stichtag 01.03.2019 lag die Quote bei den unter zweijährigen bereits bei 23,4% (7.785 Kinder von 81.093 betreuten Kindern).

Zum letzten veröffentlichten Stichtag des Thüringer Landesamtes für Statistik zum 01.03.2018 lag die Quote bei 33,1% . (12.140 Kinder von 94.055 betreuten Kindern).

Immer weniger Eltern können sich die Betreuung der Kinder zu Hause leisten.

Gleichzeitig steigen die Kosten für die Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand. Im Jahr 2017³ wurden von den öffentlichen Haushalten in Thüringen 1.040,6 Mio. € für die Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Das waren nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 65,4 Mio. € bzw. 6,7 % mehr als ein Jahr zuvor. Der Hauptanteil der Auszahlungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fiel mit 665,7 Mio. € auf die Tageseinrichtungen für Kinder. Das entsprach einem Anteil von 90,3 %. Bezogen auf die Bevölkerung Thüringens wurden im Jahr

2 Quelle: Landesamt für Statistik Thüringen

<https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kt001505%7C%7CIn+Tageseinrichtungen+f%FCr+Kinder+und+in+%F6ffentlich+gef%F6rderter+Kindertagespflege+betreute+Kinder+sowie+Besuchsquoten+nach+Altersgruppen+und+Kreisen&startpage=0&csv=&richtung=&sortiere=&vorspalte=0&tit2=&TIS=&SZDT=&anzahlH=-1&fontgr=12&mkro=&AnzeigeAuswahl=&XLS=&auswahlNr=&felder=0&felder=1&felder=2&felder=3&felder=4&felder=5&felder=6&felder=7&zeit=2006%7C%7Cs7>

3 Pressemitteilung Thüringer Landesamt für Statistik Nr. 002/2019 vom 03. Januar 2019

2017 je Einwohner durchschnittlich 442 € für die Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben (2016: 410 €).

Familien, welche ihr grundgesetzliches Recht aus Artikel 6 GG nachkommen und sich der Erziehung und Bildung in eigener Verantwortung stellen, erhalten nach der Abschaffung des Landeselterngeldes nicht nur keine finanzielle Unterstützung bei ihrer Arbeit, sondern werden über die steuerrechtliche Veranlagungen der Familie zur Mitfinanzierung der Kindergartenplätze für andere Eltern herangezogen.

Nach Auffassung des Verbandes sollten alle Eltern für diese besondere Lebensaufgabe sensibilisiert werden, anstatt ihnen durch äußere Zwänge zu erschweren, zu einer Familie zusammen zu wachsen und stabile, tragende Beziehungen untereinander zu entwickeln.

Diesen Konflikt gilt es aufzulösen und ein vollwertiges Wahlrecht für Eltern in Thüringen zu schaffen.

Zweckgebundene Mittel an Thüringer Kommunen geben

Die steigenden Betreuungszahlen für Kinder im Bereich U-3, führen bei Kommunen zu erhöhten Mehraufwendungen im Bereich der Kinderbetreuung.

Die Landesregierung ist aufgefordert, den Thüringer Kommunen die **benötigten finanziellen Mittel zweckgebunden** für die Aufgaben im Rahmen der Kinder- Jugend- und Familienarbeit zur Verfügung zu stellen.

Noch immer schaffen sich Kommunen auf Kosten der Kinder einen Vermögensvorteil, den sie ohne die Kinder nicht hätten. Wären die Kinder nicht da, müssten nach Abzug eines Freibetrages 30 % der Mehreinnahmen abgegeben werden (§ 29 ThürFAG).

Sich das benötigte Geld als finanziellen Teil der Sicherstellung der kommunalen Selbstverwaltung aber von den Kindern über die Familien zu holen darf nicht länger „legal“ durch die Gemeinden betrieben werden. Das Land muss der Praxis der Kommunen durch eine klare Regelung in § 29 einen Riegel vorschieben und **für gerechte und gleiche Bedingungen aller Familien** im Freistaat Sorge tragen.

Gleichbehandlung jeder Betreuungsform durch das Land wünschenswert

Grundsätzlich macht sich Verband weiterhin für eine Gleichbehandlung und Finanzierung jeder Betreuungsform von Kindern bis zum Alter von drei Jahren stark. Der Alltag und die Struktur von Familien in Thüringen sind so vielfältig und unterschiedlich, dass eine alleinige Konzentration auf eine außerhäusliche Betreuung montags bis freitags von 6.00 bis 17.00 Uhr

den Anforderungen von Familien, insbesondere mit Blick auf die gestiegenen Anforderungen im Berufsleben, nicht gerecht wird. Berufe u.a. im Gaststättenbereich, Einzelhandel, Pflege- und Krankbereich sowie im öffentlichen Dienst bei Polizei, Feuerwehr etc. fordern von den Eltern die Bereitschaft zu Schicht- und Wochenendarbeit ein. Eine flexible Betreuung durch Dritte (Krippe, Kindergarten oder andere Personen) sollte für alle Eltern frei verfügbar sein. Hierfür sollten alle Eltern ein monatliches Kontingent an Betreuungskosten zur Verfügung stehen.

Erst dann sind Eltern bestmöglich flexibel für den Arbeitsmarkt und können wirklich Familie und Beruf vereinbaren.

Jede Familie muss die Möglichkeit erhalten, ihr Familien- und Berufsmodell leben zu können, ohne finanziell benachteiligt oder von zur Verfügung stehenden Angeboten ausgeschlossen zu werden. Die Änderungen des neuen Kita Gesetzes greifen diesen Gesichtspunkt nicht auf.

§ 16 Personalausstattung

Der aktuelle Personalschlüssel in der Gruppe U-3 ist noch immer viel zu hoch. Finanzielle Spielräume des Gesetzgebers hätte hier besser genutzt werden können, um folgende Personalschlüssel zu finanzieren:

§ 16 II ist wie folgt zu ändern:

„Dies ist gewährleistet, wenn eine pädagogische Fachkraft in der Regel nicht mehr als:

- 1. zwei Kinder im ersten Lebensjahr,*
- 2. vier Kinder im Alter zwischen einem und zwei Jahren,*
- 3. sechs Kinder im Alter zwischen 2 und drei Jahren, ...*

betreut.“

Fazit

Die eingeplanten Ausgaben für das weitere kostenfreie Kindergartenjahr hätten besser in die Wertschätzung der Erziehungsleistung durch echte Wahlfreiheit der Betreuung in den ersten drei Lebensjahren investiert werden sollen.

Weiterhin sehen wir großen Handlungsbedarf in gesetzlichen Festlegungen, welche zur Entlastung von Familien mit zwei und mehr Kindern u.a. bei den Kindergartenbeiträgen durch Berücksichtigung aller kindergeldberechtigter Kinder führen.

Es ist wünschenswert, dass durch gezielte Entlastung von Familien bei steigender Kinderzahl und die Anerkennung und Wertschätzung der Erziehungsleistungen ein zweites Standbein der Familienpolitik in Freistaat wird.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführerin KRFT e.V.

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt. Die von den Beteiligten eingereichten Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteildokG) wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteildokG gelöscht.

Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e. V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V.
Gustav-Adolfstr.15
99084 Erfurt
E-Mail: vorstand@lvktp

An den Ausschuss für
Bildung, Jugend und Sport
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Offener Brief: „Rahmenbedingungen in der Kindertagespflege verbessern“

Erfurt, den 19.07.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Thüringer Landtag wird mit diesem offenen Brief aufgefordert, im Rahmen der Novellierung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes (ThürKitaG) die Rahmenbedingungen in der Kindertagespflege zu verbessern. Hierzu sind nachfolgende Maßnahmen notwendig:

- Umsetzung der bereits im ThürKitaG beschlossenen Verbesserungen der Rahmenbedingungen
- Neuberechnung der Förderleistung auf Basis einer 40-Stunden Woche
- Erhöhung und Dynamisierung der Sachkostenpauschale
- Erhöhung und Dynamisierung der Förderleistung (inflationär oder an die
- Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst gekoppelt)
- Eingruppierung in TVöD-SuE S4 Stufe bis 4 (Höhere Eingruppierung aufgrund der sehr verantwortungsvollen Tätigkeit sowie Anerkennung der Berufsjahre/Erfahrung)

Begründung:

Auch 1 1/2 Jahre nach Inkrafttreten des ThürKitaG, welches auch mit dem Ziel der Verbesserungen der Rahmenbedingungen in der Kindertagespflege vom Thüringer Landtag verabschiedet wurde, ist der Vollzug in weiten Teilen des Freistaates noch mangelhaft - mit fatalen Folgen für die Thüringer Kindertagespflege. Allein in den letzten zwei Jahren ist die Zahl der Tagespflegepersonen von 335 auf 306 zurückgegangen. Viele überlegen derzeit ihre Tagespflegetätigkeit aufzugeben. Der Hauptgrund hierfür ist die schlechte Vergütung und die fehlende Umsetzung der beschlossenen Verbesserungen durch das ThürKitaG.

Die in §23 festgesetzte laufende Geldleistung für Kindertagespflegepersonen muss daher signifikant erhöht werden.

Die Sachkostenpauschale in Höhe von aktuell 170 Euro pro Kind/Monat ist neu festzusetzen. Entsprechend der einschlägigen Empfehlung des Bundesministeriums der Finanzen sind 300 Euro pro Kind/Monat angemessen (Rundschreiben „Einkommenssteuerrechtliche Behandlung der Geldleistungen für Kinder in Kindertagespflege“ des Bundesministeriums der Finanzen vom 17. Dezember

2007 (BStBl. 2008 I, S. 17)). Ebenfalls sollte eine Dynamisierung der Sachkostenpauschale gesetzlich verankert werden.

Die Förderleistung beträgt aktuell 2,53 Euro pro Kind/Stunde, entsprechend 404 Euro pro Kind/Monat. Dieser Wert wurde ermittelt auf Grundlage folgender Annahme: Die Kindertagespflegeperson arbeitet 9 Stunden am Tag. (Siehe dazu auch Verwaltungsvorschrift des TMBJS vom 3. Dezember 2015).

Das bedeutet, eine KTP kann nur dann den maximal zur erreichenden Betrag entsprechend dem Gehalt eines Kinderpflegers erreichen, wenn sie mindestens neun Stunden pro Tag arbeitet und ganzjährig fünf Betreuungsplätze belegt sind.



Unsere Forderung:

Neuberechnung der Förderleistung auf Grundlage einer 40 Stunden Woche. Nach aktuellem Tarifstand entspricht dies einer Förderleistung von mindestens 3,06 Euro pro Kind/Stunde, entsprechend 490 Euro pro Kind/Monat. Ferner soll die Förderleistung entsprechend der Tarifenwicklung im öffentlichen Dienst dynamisiert werden.

Eine angemessene Vergütung sollte jedoch mindestens auf Basis der zunächst niedrigsten Eingruppierung nach TVöD SuE S4 erfolgen, wie auch vom Landesjugendhilfeausschuss in seiner Stellungnahme (Drucksache 6/1922) vom 13. Februar 2019 vorgeschlagen.

Anmerkung: Es wird keine Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche gefordert, sondern die Neuberechnung der Vergütung auf Basis einer 40 Stunden/Woche, wie dies im Tarifvertrag vorgesehen ist.

Ebenso sollen Fortbildungen für Tagespflegepersonen, die nach §19 Abs.3 eine gesetzlich festgeschriebene Aufgabe des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe sind, in allen Kommunen im erforderlichen Umfang angeboten, sowie Möglichkeiten geschaffen werden, Fördermittel für Investitionen nach §31 Abs.2 Nr.1 zu beantragen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung. Telefonisch sind wir zu erreichen unter  (Vorsitzende) oder unter  (Stellv. Vorsitzende).

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende LVKTP Thüringen

Stellv. Vorsitzende LVKTP Thüringen

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

**Diskussionsforum
des Thüringer Landtags**

Anlage

Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/6956 -

Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Gesetzentwurf und welche grundsätzlichen Hinweise haben Sie diesbezüglich?

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag
3. Juni 2019	Heike Morgenbrodt* stellvertretende Leitung der integrativen Kneippkindertagesstätte Pustebume in Jena	Anpassung des Personalschlüssels in Thüringer Kitas	<p>„Wir sind eine Kindertagesstätte die seit 30 Jahren besteht (15 Jahre Integrativeinrichtung) und eine Betriebserlaubnis bis 198 Kindern besitzt. Diese setzt sich zusammen aus ca. 60 Kindern unter 3 Jahren und 140 Kindern von 3 Jahren bis zum Schuleintritt. Auf Grundlage der vorhandenen langjährigen Erfahrungen in allen Altersbereichen, im Integrativbereich, im sozialen Brennpunkt und seit 2 Jahren auch in der vermehrten Aufnahme von Kindern mit Migrationshintergrund möchten wir kurz Stellung zum Personalschlüssel im Thüringer KitaG nehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir bedauern sehr, dass eine Verbesserung des Personalschlüssels in allen Altersbereichen nur sehr zurückhaltend diskutiert wird und offenbar nicht wirklich vorgesehen ist. - In unserer täglichen Arbeit stellen wir uns den pädagogischen Herausforderungen einer modernen Kindertagesstätte, die sich nicht nur als Betreuungseinrichtung sieht, sondern den Bildungsauftrag der Gesellschaft im vollen Umfang wahrnimmt. Wir arbeiten nach dem Thüringer Bildungsplan und nach dem nationalen Kriterienkatalog für pädagogische Qualität in Kindertageseinrichtungen. - Folgende Anforderungen an unsere pädagogische Arbeit sind seit Jahren gestiegen: <ul style="list-style-type: none"> o Der Thüringer Bildungsplan wurde inhaltlich vertieft, Bildungsbereiche sind hinzugekommen. o Die Inklusive Bildung und Erziehung ist eine Bereicherung für alle am Bildungsprozess beteiligten und wird durch uns in der täglichen Arbeit seit Jahren umgesetzt. o Die Unterstützung und enge Zusammenarbeit mit sozial benachteiligten Familien im Bildungsprozess wird von unserem pädagogischen Fachpersonal praktiziert. o Die Integration von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache und teilweiser psychi-

Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von der Autorin ihre Wohnadresse angegeben.

Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilddokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag
			<p>scher Belastung (in Form von Traumata o.ä.) ist hinzugekommen. (Ca. 10 % aller Kinder haben keine deutsche Muttersprache. Auf Grund der fehlenden Sprachkenntnisse bei den Kindern als auch bei den Erziehungsberechtigten bedarf es einem relativen Mehraufwand an pädagogischer Begleitung. Unsere Pädagogen sind außerdem bemüht, die besonderen unterschiedlichen ethnischen Voraussetzungen im Blick zu haben, um eine individuelle bedürfnisorientierte Betreuung der Kinder und Familien mit Migrationshintergrund zu gewährleisten.) Aber die Rahmenbedingungen sollen sich nicht ändern!</p> <p>Um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden und eine annähernde Gleichberechtigung in der Betreuung aller Kinder Deutschlands in Tageseinrichtungen zu gewährleisten, bitten wir eindringlich um eine Anpassung des Personalschlüssels! 5 Kinder pro Erzieher für Kinder von 0-3 Jahren 12 Kinder pro Erzieher für Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt (wie in Sachsen bereits umgesetzt)</p> <p>- Die Maximierung des Leitungsschlüssels auf 1,5 Vollzeitstellen pro Einrichtung sehen wir als positiven Schritt in die richtige Richtung. Als Einrichtung mit 198 Kindern stellt uns das dennoch weiterhin vor große Herausforderungen. Die Leitungstätigkeit hört nicht bei dem 150-sten Kind auf. Auch alle weiteren Kinder, Eltern, das notwendige Personal und die damit verbundenen organisatorischen Abläufe benötigen die pädagogische und organisatorische Führung einer Fachkraft.</p> <p>- Derzeit werden diese Aufgaben durch sehr hohes persönliches Engagement der Leitung und Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch stellvertretende Leitungen realisiert. Insbesondere die Aufgabenverteilung an die stellvertretenden Leitungen ohne personellen Ausgleich geht wiederum zu Lasten des hohen Betreuungsschlüssels der Kinder.</p> <p>Wir bitten auch hier eindringlich, den Ist-Zustand zu überdenken und wären dankbar für eine Anpassung des Leitungsschlüssels auf 0,01 Leitungsanteil PRO Kind, unabhängig von der Gesamtgröße der Einrichtung.“</p>

Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von der Autorin ihre Wohnadresse angegeben.

Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilddokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.